



Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit
nachhaltigen Wirtschaftens

Ulrike Röhr, Dörte Segebart, Daniela Gottschlich (Hg.)

Care, Gender und Green Economy

Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit nachhaltigen Wirtschaftens

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

**Projektmitarbeiterinnen in
alphabetischer Reihenfolge**

Nanna Birk (Juni 2014 – Dezember 2014)
Dr. Daniela Gottschlich
Dr. Sarah Hackfort (Juni 2014 – November 2014]
Prof. Dr. Sabine Hofmeister
Claudia König (November 2013 – Mai 2014)
Ulrike Röhr
Stephanie Roth
Julika Schmitz (November 2013 – Mai 2014)
Prof. Dr. Dörte Segebart

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Christine Ax
Prof. em. Dr. Adelheid Biesecker
Dr. Friederike Habermann
Prof. em. Dr. Brigitte Young

Studentische Mitarbeiterinnen

Lisa Göldner
Annika Härtel
Uta Kotzur
Wiebke Ott

Die Broschüre CaGE-Texte 3/2014 ist ein Produkt des Verbundvorhabens von LIFE e.V. in Zusammenarbeit mit der Leuphana Universität Lüneburg sowie der Freien Universität Berlin.

ISBN 978-3-944675-26-8

Berlin / Lüneburg, Dezember 2014

Zitierweise: Röhr, Ulrike; Segebart, Dörte; Gottschlich, Daniela (Hg.): Care, Gender und Green Economy. Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit nachhaltigen Wirtschaftens. CaGE-Texte 3/2014. Berlin / Lüneburg 2014

Das Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter den Förderkennzeichen 01FP1311 und 01FP1312 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Herausgeberinnen. Informationen zu unseren weiteren Veröffentlichungen und deren Bestellmöglichkeiten unter: **www.cage-online.de**

Layout: Vivien Akkermann
Grafische Protokolle: Daniel Freymüller und Jonas Möhrung, 123comics.net
Druck: dieUmweltDruckerei GmbH
Klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.





INHALT

Einleitung	3
Adelheid Biesecker	
Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gender – eine notwendige Beziehung für Nachhaltigkeit	4
Die Trennungsstruktur moderner Ökonomien	5
Nachhaltige Entwicklung	6
Das Handlungsprinzip Vorsorge	7
Gender	9
Sarah Hackfort, Dörte Segebart, Ulrike Röhr, Stephanie Roth, Daniela Gottschlich, Nanna Birk	
Strategien und Empfehlungen für eine integrative Betrachtung und Praxis von Nachhaltigkeit im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy	10
A Wissensproduktion	12
B Forschungs- und Innovationspolitik	16
C Wissenschaftliche Einrichtungen	22
Nachhaltige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen	22
Förderung akademischer Ausgründungen	26
D Unternehmenspraxis	28
Meike Spitzner	
Systematische Wissensproduktion: Datenbedarf	34
Schlussreflexionen	38
Wie geht es weiter	39
Literatur	40

EINLEITUNG



Angesichts der gravierenden sozial-ökologischen Krisenphänomene wie Klimawandel, Zusammenbruch der Finanzmärkte, Armut oder Ressourcenkonflikte wurde das Konzept der Green Economy zum zentralen Instrument einer nachhaltigen Entwicklung erklärt. Entsprechende Diskussionen prägten die Konferenz der Vereinten Nationen zu nachhaltiger Entwicklung Rio+20 im Juni 2012 in Rio de Janeiro und die diversen Vorbereitungstreffen der Regierungen, der Zivilgesellschaft wie auch der Wissenschaft. Dabei zeigen sich große Defizite bei der für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Verbindung zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten in Forschung, Politik und Wirtschaft sowie der Einbeziehung der Care- und Gender-Perspektive.

Vor diesem Hintergrund wurde das Verbundvorhaben *Care, Gender und Green Economy. Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit nachhaltigen Wirtschaftens (CaGE)* durchgeführt, um das Innovationspotenzial der Gender- und Care-Forschung in den Wirtschafts-, Umwelt- und Naturwissenschaften zu stärken. Innovative Ansätze an den Schnittstellen wurden identifiziert und durch verschiedene Instrumente wie einer Wissens- und Kommunikationsplattform, Vernetzung oder Wissenschaft-Praxis-Dialoge kommuniziert.

Das vom Bundesministerium für Forschung und Bildung geförderte Projekt wurde in zwei Teilvorhaben durchgeführt. In Teilprojekt 1 wurden die Schnittstellen von Care, Gender und Green Economy aufgezeigt, Akteure vernetzt sowie integrierende Ansätze in der Forschung zu Gender, Care und Green Economy identifiziert, um daraus Strategien und Empfehlungen zur Integration der Genderdimensionen in die Forschung und Praxis nachhaltigen Wirtschaftens sowie zur Chancengerechtigkeit und Gleichstellung in diesen Forschungsbereichen zu entwickeln. Ein Expertinnen-Workshop diente zur Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und zur Identifizierung von Forschungsbedarf. Bei einem Wissenschafts-Praxis-Dialog, bei welchem Akteure aus Wissenschaft, Praxis und Forschungsförderung zusammenkamen, wurden erste Ergebnisse diskutiert und

Impulse für wissenschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen gegeben. Teilprojekt 1 wurde von LIFE Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e.V. mit Unterstützung der Leuphana Universität Lüneburg durchgeführt. Das Teilprojekt 2 untersuchte die Rolle wissenschaftlicher Einrichtungen – und hier vor allem die Rolle von Universitäten – für die Integration von Care- und Gender-Perspektiven in die Green Economy. Es wurde von der Freien Universität Berlin durchgeführt.

Ziel der vom Verbundprojekt entwickelten Empfehlungen für eine innovative Wissenschaftspolitik und zukunftsfähige wissenschaftliche Einrichtungen ist es, deren Rolle bei der Umsetzung notwendiger gesellschaftlicher Transformationsprozesse aufzuzeigen und zu stärken. Auf einer Abschlusskonferenz wurden die Projektergebnisse vorgestellt und mit Akteuren aus Wissenschaft und Praxis diskutiert. Diskussionspunkte und Ergebnisse dieser Konferenz, des Expertinnenworkshops sowie der Wissenschafts-Praxis-Dialoge sind in die hier vorliegenden Empfehlungen eingeflossen. Wir bedanken uns auf diesem Wege nochmals bei allen Teilnehmer_innen und Referent_innen für ihre Anregungen und Kommentare.

Im Zentrum der hier vorliegenden Broschüre stehen die im Verbundprojekt entwickelten *Empfehlungen für eine integrative Betrachtung und Praxis von Nachhaltigkeit im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy*. Sie werden ergänzt durch den Vortrag von Prof. Adelheid Biesecker bei der Abschlusskonferenz, in dem sie die Notwendigkeit der Verbindung zwischen Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gender darlegt, sowie durch einen Beitrag von Meike Spitzner vom Wuppertal Institut, die den Datenbedarf für eine systematische Wissensproduktion umreißt. Dieses Thema wurde beim Expertinnenworkshop als essentiell für die Transformation zu einem nachhaltigen Wirtschaften diskutiert. Bei beiden bedanken wir uns für die Bereitstellung der Texte.

Berlin, im Dezember 2014

Ulrike Röhr, Dörte Segebart und Daniela Gottschlich



Ich habe meinen Vortrag bewusst so genannt: „Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gender – eine **notwendige** Beziehung für Nachhaltigkeit“. Die Betonung der Notwendigkeit ist mir wichtig. Gender ist nicht nur ein Anhängsel, sondern es geht nicht ohne. Warum nicht?

Meine zentrale These lautet, dass unsere moderne kapitalistische Ökonomie nicht zukunftsfähig ist. Sie ist nicht nachhaltig, sie ist unfähig zur Vorsorge und sie ist nicht geschlechtergerecht. Das sind die drei zentralen Punkte. Nicht nachhaltig ist diese Ökonomie, weil sie nicht auf ihre sozialen und ökologischen Grundlagen achtet. Unfähig zur Vorsorge ist sie, da es kein Prinzip gibt, das dafür sorgt, dass das, was vernutzt wird, auch wieder hergestellt, erneuert wird. Damit gibt es keine Zukunftsverantwortung. Und diese Ökonomie ist nicht geschlechtergerecht, weil sie die gesamten unbezahlten Arbeiten aus dem Ökonomischen ausgrenzt und vor allem die Sorgearbeiten den Frauen zuweist. Das heißt: ohne die Analyse- und Strukturkategorie Gender geht es nicht. Die Geschlechterverhältnisse sind nicht nur ein Anhängsel: Nein, nur mit Hilfe der Gender-Perspektive lässt sich unsere Ökonomie wirklich kritisieren, aber eben auch umgestalten! Eine zukunftsfähige Ökonomie braucht genau diese Dreierheit: sie braucht Nachhaltigkeit, sie braucht Vorsorge und sie braucht Genderbewusstheit, die zu Gendergerechtigkeit führt. Anders ist Zukunftsfähigkeit nicht zu haben. Diese Dreierheit ist entscheidend. Warum? Das werde ich in diesem Vortrag deutlich machen. Zunächst gehe ich kurz auf die ökonomische Struktur ein, dann auf die drei Kategorien, um abschließend die Zukunftsperspektive zu skizzieren.

Die Trennungsstruktur moderner Ökonomien

Moderne kapitalistische Ökonomien sind durch eine Trennungsstruktur gekennzeichnet. Auf der einen Seite haben wir das, was als ökonomisch gilt, die Märkte, und auf der andern Seite haben wir das, was nicht als ökonomisch gilt. Das eine ist produktiv, das andere ist un-, bestenfalls reproduktiv. Wir haben also auf der einen Seite den Markt, auf der anderen die beiden Basis-Produktivitäten: die unbezahlte Arbeit, im Wesentlichen die Sorgearbeit, und die ökologische Produktivität, die Produktivität der Natur. Beide gelten als Nicht-Ökonomie, als wertlos, sie werden aber alltäglich in der ökonomischen Praxis gebraucht. Es kann nicht produziert werden, ohne dass die Natur schon produziert hat, es kann nicht für den Markt gearbeitet werden, ohne dass schon Sorgearbeiten geleistet wurden. Polit-ökonomisch kann man sagen, diese beiden abgespaltenen Tätigkeiten (oder Ressourcen in der ökonomischen Begrifflichkeit) dienen der alltäglichen Kapitalverwertung, aber sie werden nicht bewertet. Sie gehen in das ganze Wertesystem nicht ein und das heißt, sie werden maßlos und sorglos ausgenutzt – von

einer Marktökonomie, die nicht einfach nur Markt ist, sondern kapitalistischer Markt. Es geht um Profit und nicht um Bedürfnisbefriedigung.

Wir haben also hier den Markt, dort die beiden abgegrenzten Produktivitäten – diese Struktur ist geschlechtshierarchisch. Sie ist einerseits hierarchisch, weil das, was am Markt passiert, ganz oben steht, sichtbar ist, produktiv, öffentlich. Das andere steht da drunter, bleibt unsichtbar, un- oder reproduktiv, privat. Und gleichzeitig beinhaltet diese hierarchische Struktur eine geschlechtliche Dimension, da die wesentlichen Tätigkeiten, die ausgegrenzt sind, Tätigkeiten von Frauen sind, unbezahlte Sorgearbeiten. Selbst die bezahlte Sorgearbeit ist nach wie vor zu 90% Frauenarbeit und daher schlecht bezahlt.

Diese Trennungsstruktur hat einen mehrfach herrschaftlichen Charakter: Zunächst steckt dieser in der Warenform der Produkte. Häufig wird gesagt, der Markt sei das Problem. Nein, der Markt ist nicht das Problem. Die kapitalistische Form des Marktes ist das Problem, der Charakter der Produkte als Waren für den Austausch am Markt. Der Markt scheint Gleichheit der Tauschenden zu spiegeln, aber darunter, im Produktionsprozess, steckt sehr viel Ungleichheit und Ausbeutung. Das kennen wir heute besonders aus den Textilfabriken in Asien. Aber es gilt allgemein. Hinzu kommt, dass am Markt nur teilnehmen kann, wer etwas hat, wer Eigentum hat, und diejenigen, die nichts weiter haben als ihre Arbeitskraft, müssen eben sehen, dass sie sie als Ware am Arbeitsmarkt verkaufen. Eine zweite herrschaftliche Form besteht zwischen den beiden Seiten der Trennungsstruktur, zwischen dem Markt und den ausgegrenzten Produktivitäten: Diese Trennlinie ist nicht fest. Kapitalismus heißt immer auch, dass aus diesem Markt heraus versucht wird, die abgegrenzten Produktivitäten zu vereinnahmen. Und wir wissen aus der Geschichte und der Gegenwart des modernen Kapitalismus, dass gerade, was die Rohstoffe angeht, hier sehr viel politische und ökonomische Gewalt angewendet wird. Und die dritte herrschaftliche Form ist, dass das, was abgegrenzt ist, vermarktlacht, in Warenform verwandelt werden soll. Karl Polanyi, der ja heute gerade in der Debatte um die große Transformation immer wieder zitiert wird, warnt davor. Er macht deutlich, dass die Warenfiktion für die Natur und für die sorgenden Tätigkeiten nicht passt, denn sie ignoriert „die Tatsache, dass die Auslieferung des Schicksals der Erde und der Menschen an den Markt mit deren Vernichtung gleichbedeutend wäre“ (Polanyi 1978: 183). Das ist ein starkes Wort, aber Polanyi ist eben nicht nur derjenige, der den Begriff der großen Transformation geschaffen hat. Er ist gerade auch der Kritiker dieser Ökonomie.



Warum ist das wichtig? Der Kern ist, dass wir in die heutige sozial-ökologische Krise genau durch diese Struktur der Ökonomie geraten sind. Im Kern sind alle ökologischen und sozialen Krisen Ausdruck der zentralen Krise: der Krise des sogenannten Reproduktiven. Im Kern geht es immer darum, dass die Natur und die ausgegrenzten Tätigkeiten die Last dessen tragen müssen, was in dieser Marktökonomie nicht funktioniert. Das heißt, diese Ökonomie ist systemisch nicht nachhaltig. Nicht aus Versehen, nicht krisenhaft, sondern systemisch. Und deswegen ist sie nicht zukunftsfähig.

Nachhaltige Entwicklung

Nun komme ich zu meinen drei Kategorien, zunächst zur Nachhaltigkeit. Ich denke, ich muss hier nicht erläutern, wie die Brundtland-Kommission Nachhaltige Entwicklung definiert. Nachhaltigkeit in der Perspektive, die ich jetzt entwickeln möchte, ist zum einen eine Gerechtigkeitsvorstellung. Nachhaltigkeit ist ein normatives Konzept. Ich betone das deswegen, weil in meiner Disziplin die Kollegen das Normative fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Es wird behauptet, Ökonomie sei nicht normativ. Das stimmt überhaupt nicht, der homo oeconomicus ist so normativ wie wir nur irgendwas. Es geht also um eine Entscheidung darüber, welche Normen gelten sollen – es geht um eine Wertentscheidung. Ja, wir Anhängerinnen und Anhänger der Nachhaltigkeit wollen, dass auch zukünftige Generationen gute Lebensmöglichkeiten haben. Ja, wir wollen, dass heute lebende Generation mindestens ihre Grundbedürfnisse gut befriedigen können.

Nachhaltige Entwicklung bezeichnet „einen offenen, dynamischen und immer wieder zu gestaltenden Prozess; sie beschreibt ... die Qualität eines Entwicklungsprozesses, der seine eigenen natürlichen und sozialen Voraussetzungen aufrechterhält und ständig erneuert.“

Becker/Jahn 2006: 238

Zum zweiten enthält Nachhaltigkeit ein Integrationsgebot: Ökonomie, Ökologie, Soziales gehören zusammen. Es gibt nicht nur die ökologische Nachhaltigkeit, es gibt nicht nur die ökonomische, es gibt nicht nur die soziale. Es gibt nur Nachhaltigkeit als diese Dreierheit zusammen. Mir ist die Definition von den Kollegen des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt a.M. wichtig (s. Kasten), die deutlich macht: Wenn wir über nachhaltige Entwicklung sprechen, sprechen wir erstens über einen Prozess, dessen

Ergebnisse wir nicht genau wissen. Es ist ein offener Prozess. Die Qualität dieses Prozesses bedeutet in Bezug auf Nachhaltigkeit: Indem du heute Rohstoffe und sorgende Tätigkeiten nutzt, um deine Bedürfnisse zu befriedigen und um die dafür notwendigen Waren zu produzieren, achte darauf, dass diese „natürlichen und sozialen Voraussetzungen“ erhalten und immer wieder neu hergestellt werden. Das ist das Zentrale: Erhalte und erneuere diese Basisproduktivitäten und auch die Produktivität der bezahlten Arbeit. Erhalten im Gestalten, darum geht es. Das ist eine ganz zentrale Herausforderung. Und das bedeutet, dass wir aufgefordert sind, neue Kategorien zu entwickeln, die diese Zusammenhänge erfassen können und die Trennungstruktur überwinden.

Denn das Bild der Trennung – hier der Markt und da die beiden Produktivitäten – spiegelt sich auch in den ökonomischen Kategorien wieder. Es sind Trennungskategorien: Arbeit ist Erwerbsarbeit beispielsweise, gehört also nur in den einen Bereich, den Bereich des Marktes. Produktivität und Reproduktivität werden getrennt. Männlich und weiblich werden getrennt, auch Natur und Kultur. Was wir brauchen, sind jedoch Vermittlungskategorien, die diese Trennung aufheben. Meine Kollegin Sabine Hofmeister von der Leuphana Universität Lüneburg und ich haben dafür eine Kategorie entwickelt, die wir (Re)Produktivität nennen (s. Kasten).

(Re)Produktivität bezeichnet die „ ... prozessuale, nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft, bei gleichzeitiger Unterschiedenheit.“

Biesecker und Hofmeister 2006: 19

Es geht darum, für ein zukunftsfähiges Wirtschaften einen Produktivitätsbegriff zu entwickeln, in dem alle Produktivitäten, die natürlichen und die menschlichen, miteinander vermittelt, kombiniert werden. Es gibt keinen Unterschied zwischen produktiv und reproduktiv. Wir nutzen immer dieses schöne Beispiel: Sie kochen zu Hause eine Mahlzeit, das ist reproduktiv, und Sie kochen sie in der Küche eines Restaurants, dann ist es produktiv. Daran sieht man, dass diese Trennung ganz künstlich ist und die Prozesse überhaupt nicht widerspiegelt. Und die Klammer – dieses (Re) – nutzen wir nur, weil im Augenblick eben noch getrennt wird zwischen produktiv und reproduktiv. Im Prozess der Entwicklung zur Nachhaltigkeit werden wir irgendwann diese Klammer aufheben können und sagen, es ist alles produktiv.



Damit ist (Re)Produktivität – und ich kann das hier nur andeuten, weil ich keinen Vortrag über (Re)Produktivität halte – eine solche Vermittlungskategorie, wie ich sie eben eingefordert habe. Produktion bedeutet jetzt Vermittlung zwischen Natur und den menschlichen Fähigkeiten. Und das heißt viel, nämlich dass räumlich, zeitlich, quantitativ und qualitativ natürliche und menschliche Produktivitäten zusammen passen müssen. Schon zu Beginn eines Prozesses, beispielsweise der Produktion eines Windrades, geht es jetzt darum zu gucken: Welche Rohstoffe werden gebraucht, welche Arbeitskräfte werden gebraucht und wie kann die Produktion so gestaltet werden, dass durch den ganzen Prozess hindurch möglichst kein Abfall entsteht. Und wenn doch, dann so, dass die Natur ihn wieder in neue Produktivität verwandeln kann. Der Abfall von heute birgt die Produktivität von morgen.

Betonen möchte ich auch die neue Rationalität, der (re) produktives Wirtschaften folgt. Das alte, herkömmliche, uns leider bis heute beherrschende Konzept sagt, dass es rational ist, wenn du deinen Nutzen oder deinen Gewinn maximierst. Eigennütziges Maximierungsstreben nennt man Rationalität. Aber diese Rationalität hat ja gerade dazu geführt, dass eben nicht gesorgt wird für die Wiederherstellung dessen, was vernutzt wurde. Diese Rationalität ist die eines isolierten Menschen – des homo oeconomicus, der allein ist mit sich und seiner Güterwelt. Er hat unendliche Bedürfnisse und Mittel, die immer knapp sind. Und er hat keine sozialen Beziehungen und keine Beziehung zur Natur. Daher handelt er sorglos – mit zerstörerischer Wirkung.

Eine neue Ökonomie handelt, wenn sie zukunftsfähig sein soll, gemäß einer anderen Rationalität. Es ist eine gemeinschaftliche Rationalität. Produktion heißt immer Kooperation, zwischen Mensch und Natur, aber auch zwischen Menschen. Erhalte/Erneuere, indem du gestaltest – das ist der Kern der neuen Rationalität. Darin enthalten ist eine zeitliche Dimension. Wir kommen ja aus der Zeit und wir gehen in die Zeit. Wenn ich sage, wir müssen so produzieren, dass wir erneuern indem wir gestalten, dann heißt das auch, dass wir Bewusstheit haben über die Geschichte, aus der wir kommen und hineinblicken in die Zukunft, in die wir gehen. „Gegenwärtiges Gestalten bedeutet Erhalten und Erneuern des Gewordenen für die Zukunft – (Re)produktion gestaltet das Zeitkontinuum. In dieser Perspektive lässt sich die Rationalität einer (re)produktiven Ökonomie benennen – als *Vorsorgerationalität*“ (Biesecker/ Hofmeister 2013: 247).

Das Handlungsprinzip Vorsorge

Was genau heißt Vorsorge? Ich hatte schon erwähnt, dass ich aus dem Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften komme. Wir sind seit 20 Jahren dabei die Prinzipien

einer vorsorgenden Wirtschaftsweise zu formulieren und haben dabei unseren Begriff von Vorsorge entwickelt (s. Kasten) Danach bedeutet vorsorgendes Handeln, im heutigen Tun vorausschauend die Handlungsfolgen mit einzubeziehen. Es bedeutet, mich in Beziehung zu denken, sowohl zu Menschen als auch zur Natur. Und es fordert auf, in dieses Handeln immer das Wissen einzubeziehen, dass ich aus der Geschichte komme, dass die Geschichte weiter geht in die Zukunft und dass ich alles tue, damit diese Zukunft eine lebenswerte Gegenwart für zukünftige Generationen wird.

„Über das Handlungsprinzip Vorsorge verortet sich der vorsorgend handelnde Mensch vorausschauend im Bewusstsein seiner eigenen räumlichen, zeitlichen, natürlichen und sozialen Beziehungen und Grenzen. Er verortet sich im Leben und in der Gesellschaft, indem er Zeit, Raum, die Mitmenschen und die natürliche Mitwelt, die ebenfalls in Zeiten und Räumen leben, in sein Blickfeld nimmt und in seine Handlungen einbezieht.“

Theoriegruppe Vorsorgendes Wirtschaften 2000: 50

Es geht also um **Vorausschau** und damit auch um **Vorsicht** bezüglich der Handlungsfolgen. Wenn ich etwas nicht übersehe, dann lasse ich lieber die Finger davon. Häufig wird gesagt: Wir haben so viel technischen Fortschritt, zukünftige Generationen werden schon mit dem Atommüll fertig werden. Wir haben so viel technisch entwickelt, die werden das schon schaffen. Das ist nicht Vorsorge, das ist nicht Verantwortung für Handlungsfolgen. Und es geht um die **Verbindung von sozialen und natürlichen Prozessen**. Jede Produktion ist Verbindung von Sozialem und Natürlichem. Das cartesianische Weltbild – hier sind wir als Menschen und da ist die Natur – stimmt für keinen Produktionsprozess! Indem wir Natur mit Menschen verbinden, verbinden wir **unterschiedliche Raum- und Zeit-Skalen**. Welche Zeiten braucht die Natur, welche hält sie aus und welche nicht? Welche Zeiten halten wir Menschen aus? Welche Zeiten brauchen wir für unsere eigene Reproduktion? Und welche benötigen die kommenden Generationen in der Zukunft? In unserem Netzwerk ist die Kollegin Barbara Adam aus England, in meinen Augen die Zeitforscherin (Adam 2013). Sie macht deutlich, dass wenn gesagt wird, Vorsorge ist auf Zukunft gerichtet, Zukunft als Gegenwart zukünftiger Generationen gemeint ist. Stellen Sie sich vor, wir leben alle in 300 Jahren und wir blicken auf heute zurück.



Wir müssen dann mit den Folgen dessen leben, was heute getan wurde. Das sich klar zu machen heißt, heute zu überlegen: Was sind die Folgen unseres Tuns? Welche Folgen können wir verantworten und welche nicht, und wo lassen wir lieber die Finger davon? Es gibt heute, gerade auch in der ganzen Debatte um das Anthropozän, wieder die Vorstellung, dass wir nur immer weiter forschen müssen und dann irgendwann alles wissen werden. Das stimmt aber nicht. Wir werden nie alles wissen. Wenn wir das anerkennen, so heißt das, dass wir auf Dauer in Unsicherheit und in gewisser Unkenntnis leben. Dann können wir nur das tun, dessen Folgen wir übersehen. Verantwortung für die eigenen Handlungsfolgen kann dann auch bedeuten, etwas nicht zu tun, etwas sein zu lassen.

Im Vorsorgen steckt Sorgen, im Vorsorgeprinzip steckt das Sorgeprinzip. Dessen berühmteste Definition, auf die sich viele in der Care-Debatte beziehen, stammt von Berenice Fisher und Joan Tronto: „On the most general level, we suggest that caring be viewed as a species activity that includes everything we do to maintain, continue, and repair our 'world' so that we can live in it as well as possible. That world includes our bodies, our selves, and our environment, all of which we seek

to interweave in a complex, life-sustaining web“ (Tronto und Fisher 1990, zit. n. Tronto 2013: 19)

Darin ist im Grunde alles gesagt. Sorgen ist alles was wir tun, um unsere Welt aufrecht zu erhalten, sie auf Dauer zu erhalten und das, was wir kaputt machen, auch wieder zu reparieren. Und das bezieht uns mit unserem Körper, unseren sozialen Beziehungen und unseren Beziehungen zur Natur ein. Joan Tronto hat kürzlich ein neues Buch geschrieben. Es heißt ‚Caring Democracy‘ (Tronto 2013). Darin macht sie deutlich: Wenn wir über Sorgen sprechen, können wir gar nicht anders als über Geschlechterverhältnisse zu sprechen. Denn dann reden wir über eine geschlechtliche Prägung, die sich über Jahrhunderte entwickelt hat. Care ist ohne Gender nicht zu denken, nicht zu analysieren und nicht zu verändern. Care gilt als *women's work*, und Mann spricht nicht darüber. Tronto zeigt, dass die Grundlage dessen die Konstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit ist. Sie spricht von hegemonialer Männlichkeit (*hegemonic masculinity*) (ebd.: 68). Männer seien nicht per se unfähig zum Sorgen. Aber die Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit befreie sie, so Tronto, von der Verantwortung zum Sorgen. Dafür seien sie für andere Dinge da: für *protection and*





production, also z. B. für Polizei und bezahlte Arbeit. Beide Bereiche sind öffentlich. Die Anerkennung als Bürger, so Tronto weiter, beruhe auf bezahlter Arbeit. Die unbezahlt sorgenden Frauen sind davon ausgeschlossen. Und Freiheit heiße, keine Verpflichtung zum Sorgen zu haben (ebd.: 92).

GENDER

Und damit bin ich bei meiner dritten zentralen Kategorie: Gender. Gender ist zunächst eine Strukturkategorie, die auf ein Problem verweist – auf Unfreiheit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit. In diesem Sinne prägt Gender die Rollen in der Gesellschaft sowie alle Prozesse in der Ökonomie. Ja, auch die ganze Ökonomie ist geschlechtlich strukturiert. Aber es wird nicht drüber geredet. Wenn wir diese Ökonomie verändern wollen, dann müssen wir jedoch über Gender reden. Und dann wird auch deutlich: Gender birgt auch Chancen. Wenn ich die Gender-Perspektive einnehme, komme ich zu ganz anderen Möglichkeiten des Neugestaltens.

Diese Chancen bestehen im Folgenden:

1. Im Perspektivenwechsel. Geblickt wird aus der Perspektive des Ausgegrenzten, der Natur und der unbezahlten Arbeiten. Sichtbar wird, dass Ökonomie viel mehr ist als der Markt und Arbeit viel mehr als Erwerbsarbeit. Dessen weiblicher Zwilling ist die Care-Ökonomie. Die ganze Marktökonomie wird getragen von einer Care-Ökonomie. Märkte könnten gar nicht funktionieren ohne diese und auch nicht ohne die Natur. Es entsteht also ein neuer Blick auf das Ganze der Ökonomie und das Ganze der Arbeit, und ich kann neue Fragen stellen, z.B.: Wie können wir Märkte so gestalten, dass sie den Lebenszwecken von Mensch und Natur gut tun?

2. In einem neuen Menschenbild und einem neuen Mensch-Natur-Verhältnis. Die herkömmliche Ökonomie hat das Menschenbild des *homo oeconomicus*, das hatte ich schon gesagt. Er ist allein in seiner Güterwelt und kennt keine sozialen Beziehungen. Aus der Gender-Perspektive jedoch leben Menschen in Beziehungen. „... from the standpoint of a feminist ethic of care individuals are conceived of as being *in relationship*“ (Tronto 2013: 30). Tronto und viele andere beziehen sich hier insbesondere auf die Naturphilosophin Val Plumwood, die leider vor einigen Jahren gestorben ist. Sie spricht vom ‚relational account‘ (vgl. z.B. Plumwood 1991) und macht deutlich, dass wir Menschen nicht Individuen sind, die auch Beziehungen haben, sondern dass Beziehungen existentiell zu uns gehören. Wir sind Individuen in Beziehung, anders sind wir nicht

denkbar, anders können wir nicht leben. Und Plumwood bezieht dies auch auf das Verhältnis zwischen Menschen und der Natur. Unser Verhältnis zur Natur entspricht also nicht dem cartesianischen Weltbild: Hier sind wir Menschen, und getrennt davon gibt es die Natur. Nein, wir können nur in Beziehung zur Natur leben, und diese Beziehung ist uns nicht äußerlich, sondern ist Teil unseres eigenen Wesens. Respekt vor anderen, auch vor der Natur, ist somit Ausdruck unseres eigenen Wesens. Aus dieser Perspektive bedeutet Nachhaltigkeit Respekt vor der Natur. Erhaltender Umgang mit der Natur folgt dann nicht aus einer Vorstellung von Naturschutz, sondern ist Bestandteil und Ausdruck menschlichen Lebens. „Sustainability is not possible without respect for others and consideration for their own sake...“ (Plumwood 1991: 5).

3. In Geschlechtergerechtigkeit. Care ist somit zentral für menschliches Leben. Daher besteht für Joan Tronto die Hauptaufgabe demokratischer Gesellschaften in der Organisation des Sorgens. Sorgen wird zur öffentlichen Angelegenheit. Die Qualität einer Gesellschaft hängt dann davon ab, wie sie das Sorgen für sich und andere organisiert, und zwar gemäß Kriterien von „justice, equality, and freedom for all“ (Tronto 2013: 23). Auf der Basis der bestehenden geschlechtlichen Prägung von Care heißt das vor allem: Geschlechtergerechtigkeit. Diese ist nicht nur eine moralische Forderung, sondern aufgrund der langen Erfahrung von Frauen im Sorgen auch ökonomische Notwendigkeit.

Trontos Vision ist eine *caring democracy*, die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Dieses gute Leben ist ein Leben, in dem für jede und jeden durch andere gesorgt wird und in dem jede und jeder Raum hat, um für sich und andere zu sorgen. „A truly free society makes people free to care. A truly equal society gives people equal chances to be well cared for, and to engage in caring relationships. A truly just society does not use the market to hide current and past injustice“ (Tronto 2013: 170). Eine solche sorgende Demokratie ist, so die Hoffnung von Tronto, auch eine stabile und von allen getragene Demokratie – denn wenn sich die Menschen umsorgt fühlen, sorgen sie sich auch um ihre Gesellschaft und deren demokratische Qualität.

Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit – derart neu interpretiert sind sie tragende Elemente einer *caring democracy*. Nachhaltigkeit, Vorsorge, Zukunftsverantwortung – so habe ich die Fundamente einer vorsorgenden Wirtschaftsweise charakterisiert. Miteinander verwoben, zeichnet sich für mich als zukunftsfähige Perspektive ab: ein vorsorgende Demokratie.

Sarah Hackfort, Dörte Segebart, Ulrike Röhr,
Stephanie Roth, Daniela Gottschlich, Nanna Birk

STRATEGIEN UND
EMPFEHLUNGEN FÜR
EINE INTEGRATIVE
BETRACHTUNG UND PRAXIS
VON NACHHALTIGKEIT
IM SPANNUNGSFELD VON
GENDER, CARE UND
GREEN ECONOMY



Das Ziel unseres Verbundvorhabens war es, die Integration von Gender- und Care-Perspektiven in die Natur-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften und in die Debatten über Green Economy voranzubringen, um damit zu gesellschaftlichen und sozial-ökologischen Veränderungen und Transformationsprozessen beizutragen. Der Diskurs über eine Green Economy weist unserer Ansicht nach jedoch zentrale Leerstellen auf. Viele gängige Konzepte sehen sie als Wachstumsmotor und betonen vornehmlich die Bedeutung technologischer Innovationen für die Steigerung von Effizienz sowie Ziele der Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung (BMU und BDI 2012: 4). Im Zentrum stehen dabei der Ausbau umweltorientierter Wirtschaftszweige bspw. im Bereich der erneuerbaren Energien und der Elektromobilität und die Schaffung ‚grüner‘ Arbeitsplätze (green jobs) (ebd.; Fücks 2013).

Zwar werden in einigen Konzepten einer Green Economy auch Aspekte wie Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit benannt und die Ungleichverteilung von Macht und Ressourcen thematisiert (BMBF und BMU 2012). Dabei werden durchaus auch Veränderungen der Konsummuster und Produktionsweisen als ein Teil möglicher Veränderungen diskutiert (genanet 2011: 2). Diese sozialen Aspekte prägen aber kaum die allgemeine Debatte zu Green Economy oder nachhaltigem Wirtschaften. Insgesamt wird in den meisten Konzepten zu Green Economy das westliche kapitalistische Produktions- und Konsummodell weitestgehend unhinterfragt vorausgesetzt und am ökonomischen Wachstumsziel festgehalten (genanet 2011: 1). Und dies obwohl die Entkoppelung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch bislang kaum gelungen ist, und Maßnahmen, die Energieeffizienz zu steigern, sich u.a. aufgrund möglicher Rebound Effekte¹ nicht immer als adäquate nachhaltige Strategien erweisen (ebd.: 3; vgl. hierzu u.a. Paech 2011; Santarius 2012). Zudem bedeuten neue und ‚grünere‘ Technologien zwar mitunter effizientere Produktionsabläufe, jedoch bergen sie die Gefahr unerwünschter Effekte oder sogar bisher unerkannter Risiken.² Neue Technologien und Innovationen werden nur unzulänglich hinsichtlich ihrer komplexen sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekte geprüft. Hierfür bedarf es verstärkt partizipatorischer und demokratischer Prozesse und Aushandlungsräume, welche eine wirkliche Mitgestaltung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure ermöglichen.

1 Der Rebound Effekt (rebound = engl. für Rückprall) meint, dass gesteigerte Effizienz in der Produktion durch erhöhten Konsum und damit steigende Produktion wieder relativiert wird (Santarius 2012).

2 Etwa wenn die Nutzung von Agrartreibstoffen in Europa durch den monokulturellen Anbau von Ölpalmen zu der Enteignung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Indonesien führt (Brand 2012: 4).

„Die Mainstream-Debatte, die aktuell in großen Teilen auf Konzepte einer Green Economy fokussiert ist, bleibt im Großen und Ganzen den wachstumsdominierten Nachhaltigkeitskonzepten der 1990er Jahre verhaftet. (...) Grundlegende Ungleichheits-, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse auf nationaler sowie internationaler Ebene bleiben dabei unberührt.“

Bauriedl und Wichterich 2014: 2

Um eine nachhaltige Entwicklung voran zu bringen, sind neben der Entwicklung von Technologien vor allem tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungsprozesse notwendig. Unser Anliegen ist vor allem eine verstärkte gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeiten (Care-Arbeiten) und der Erhalt der Reproduktionsfähigkeit von Natur. Obwohl Care-Arbeiten und Naturproduktivität die Basis jeglichen Wirtschaftens bilden, bleiben sie nach wie vor fast gänzlich unbeachtet und unbewertet, werden jedoch gleichzeitig als vermeintlich unendliche Ressourcen für das ökonomische System ausgenutzt und verwertet. Produktive Care-Leistungen, die immer noch maßgeblich von Frauen erbracht werden, sowie die ökologische Produktivität werden also einerseits als vermeintlich reproduktiv aus der Marktökonomie abgespalten und externalisiert, gleichzeitig jedoch vereinnahmt und ausgeschöpft (u.a. Biesecker und Hofmeister 2006; 2010: 70; genanet 2011: 6f; Bauhardt 2013: 11). Diese Diskussionen sind in unserem ersten Arbeitspapier CaGE-Texte Nr. 1 (Gottschlich et al. 2014) näher dargestellt.

Davon ausgehend beinhaltet unser Verständnis von Green Economy einen umfassenden sozial-ökologischen Transformationsprozess hin zu einer an Suffizienz und Gerechtigkeit orientierten Entwicklung von Ökonomie und Gesellschaft, die explizit die Vorsorge und die Sicherung der sozialen und natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt jeden Wirtschaftens stellt (Gottschlich et al. 2014). Solch ein gesellschaftlicher und sozial-ökologischer Wandel erfordert eine Abkehr von der bisherigen ökonomischen Wachstumslogik hin zu einem Wirtschaftsmodell, welches die menschlichen Bedürfnisse in das gesellschaftliche und ökonomische Zentrum rückt (Biesecker et al. 2012). Er erfordert ein Wirtschaftsmodell, in welchem es darum geht, für andere, für die Natur und für zukünftige Generationen zu sorgen, um ein „gutes Leben für Alle“ zu ermöglichen (genanet 2011: 2; Wichterich



2012). Dies bedeutet sowohl die Produktivität der vermeintlich reproduktiven Leistungen menschlicher und gesellschaftlicher Tätigkeiten als auch die ökologische Produktivität als Grundlage und Teil des Wirtschaftens anzuerkennen. Auf dieser Grundlage muss das Ökonomische neu definiert werden. Ein ganzheitliches Ökonomieverständnis erfordert eine neue Definition von Arbeit, die die unterschiedlichen Arbeitsformen als Bestandteil der Ökonomie anerkennt. Um gesellschaftlich notwendige Arbeit inter- und intragenerationell gerecht zu verteilen und individuelle Entscheidungsmöglichkeiten unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Klasse etc. zu eröffnen, bedarf es einer grundsätzlichen Umgestaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse ebenso wie einer grundlegenden Umverteilung von Arbeit und Ressourcen.

In diesem Prozess des Neu- und Andersdenkens von Ökonomie kommt der Wissenschaft eine zentrale Aufgabe zu: Sie kann durch eine entsprechende Wissensproduktion die notwendigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse mit anstoßen und als Impulsgeberin agieren. Um über derartige zukünftige Entwicklungen zu entscheiden, ist technokratisches Expert_innenwissen allein kaum ausreichend. Insgesamt muss es darum gehen, eine Wissensproduktion zu stärken und zu fördern, die die Ursachen aktueller sozial-ökologischer Krisen analysiert, verschiedene Akteure und ihr Wissen einbezieht und somit Grundlagen für die Entwicklung einer sozial-ökologischen gesellschaftlichen Transformation schafft.

Wir sehen darüber hinaus durchaus auch Ansatzpunkte in der privatwirtschaftlichen Unternehmenspraxis und geben auch hier einige Anregungen, wie Gender und Care-Aspekte in die Praxis der Green Economy integriert werden können und identifizieren dafür schon vorhandene innovative Ansätze. Da die Praxis privatwirtschaftlicher Unternehmen nicht dezidiert Teil des Forschungsauftrags war, behandeln wir sie hier allerdings eher am Rande. Stattdessen rücken wir insbesondere das in unserem zweiten Arbeitspapier CaGE-Texte 2 (Segebart et al. 2014) aufgezeigte Wirkungsfeld wissenschaftlicher Einrichtungen, und hier vor allem der Universitäten, in den Fokus. Dieses Feld ist charakterisiert durch das Zusammenwirken verschiedener Prozesse und Institutionen der gesellschaftlichen Wissensproduktion, der institutionalisierten Forschungs- und Innovationspolitik sowie – als zwei zentrale Handlungsfelder wissenschaftlicher Einrichtungen – dem Wissens- und Technologietransfer durch wissenschaftliche Einrichtungen nach außen und der Ausgestaltung von Beschäftigungsverhältnissen innerhalb der Einrichtungen. In der Ausrichtung und Akzentsetzung der bundesdeutschen Forschungs- und Innovationspolitik, der Förderung akademischer Ausgründungen und der beschäftigungs-

politischen Rahmenbedingungen in wissenschaftlichen Einrichtungen und in Unternehmen sehen wir zentrale Stellschrauben für Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen und vorsorgenden Entwicklung.

Das Ziel der Empfehlungen ist es, Ansatzpunkte aufzuzeigen, wie Care, Gender und Green Economy verstärkt zusammengedacht werden können. Zudem identifizieren wir bestehende Potenziale und Möglichkeiten wissenschaftlicher Einrichtungen und Unternehmen in der Weiterentwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen Ökonomie als wesentliche Impulsgeberinnen und Treiberinnen eines gesellschaftlichen Wandels. Dabei richten sich unsere Empfehlungen und Strategien an verschiedene relevante Akteure aus dem Bereich der Wissenschaft, der Forschungs- und Innovationspolitik sowie der Unternehmenspraxis.

A WISSENSPRODUKTION

Wissenschaftliche Institutionen agieren als Wissensproduzentinnen und als Innovationsentwicklerinnen. Sie gestalten Themen, Inhalte, Werte und Diskurse zu Green Economy, Care, Gender und gesellschaftlichen Innovations- und Transformationsprozessen mit. Wissenschaftliche Ergebnisse und Erkenntnisse beeinflussen die gesellschaftliche Sichtweise auf spezifische Themen und sind damit an der Konstruktion von Realitäten beteiligt. Verschiedene wissenschaftskritische und feministische Ansätze haben gezeigt, dass wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn nicht im neutralen Raum geschieht, sondern beeinflusst ist von dem jeweiligen Subjekt, von den jeweiligen Erfahrungen, der disziplinären Ausbildung und der jeweiligen spezifischen Perspektive auf Themen (vgl. bspw. Knorr Cetina 1981). Welche Themen wie bearbeitet oder nicht bearbeitet werden, welche Fragen gestellt werden oder nicht und welche Erkenntnisse dabei gewonnen oder nicht gewonnen werden, ist von diesen Faktoren entscheidend beeinflusst. Feministische Wissenschaftstheoretiker_innen betrachten alles Wissen aus diesem Grund als *situiertes Wissen* (Haraway 1988). Sie betonen damit die Kontextgebundenheit wissenschaftlicher Arbeit und des durch sie produzierten Wissens. Das feministische Paradigma des *situierten Wissens* thematisiert insbesondere die Bedeutung von Machtverhältnissen unter den Wissensproduzent_innen für die Wissenschaften. „Das betrifft die Bedingungen der Möglichkeit, überhaupt WissenschaftlerIn werden zu können, bis hin zur Frage, warum etwas als wissenschaftlich anerkannt wird oder nicht. Das betrifft die Auswahl dessen, was als erklärungsbedürftig angesehen wird, das heißt die Wahl der Forschungsfragen ... sowie jene Prozesse, die einer wissenschaftlichen Erkenntnis zu ihrer Durchsetzung verhelfen ...“ (Singer 2010: 293). Feministische Wissenschaftskritiker_innen haben in diesem



Zusammenhang auch die Geschlechterblindheit des dominanten wissenschaftlichen Wissens kritisiert (vgl. auch Gottschlich et al. 2014).

Für Forschung, Lehre und Wissensproduktion zu Green Economy hat das entscheidende Bedeutung: Denn auch das Wissen, welches zum Themenfeld Green Economy und den damit in Verbindung stehenden Innovations- und Veränderungsprozessen produziert wird, ist weder objektiv noch geschlechtsneutral. Es ist vielmehr beeinflusst von den jeweiligen Wissensproduzent_innen, ihrem historischen, sozialen und kulturellen Kontext, ihrem Geschlecht und vor allem von den herrschenden Machtverhältnissen in Wissenschaft und Gesellschaft. Diese beeinflussen die Auswahl der Themen und Fragestellungen, die in wissenschaftlichen Untersuchungen zu Green Economy bearbeitet werden, und die Durch- und Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse.

In einer Studie zur Integration von Gender in Verwaltungshandeln wird dieses Phänomen auch als *selektive Perception* bezeichnet: Es werden nur die fach- und ressortspezifischen Aufgaben behandelt, die in den jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallen, wodurch Gender als Querschnittsthema, „als randständig, nicht zum Aufgabengebiet gehörig angesehen und deswegen vernachlässigt bzw. ignoriert“ wird (Veit 2010, zitiert nach Sauer 2014: 36). Hinzu kommt, dass feministische Forschung und Gender-Perspektiven gesellschaftlich wenig Anerkennung erfahren und somit die Marginalisierung auch in wissenschaftlichen Kontexten verstärkt wird (Geppert und Lewalter 2012, zitiert nach Sauer 2014: 36).

Gerade wenn von der Wissenschaft Antworten auf komplexe Probleme erwartet werden – und Nachhaltigkeitsforschung versteht sich explizit als System-, Ziel- und Transformationswissen generierend –, dann muss es darum gehen, eine Wissensproduktion zu stärken und zu fördern, die die Ursachen aktueller sozial-ökologischer Krisen analysiert, verschiedene Wissensformen einbezieht und somit Grundlagen für die Entwicklung einer sozial-ökologischen gesellschaftlichen Transformation schafft. Dabei kann die Einbeziehung der Care-Perspektive und der Kategorie Geschlecht als eye-opener für verschiedene, sich verschränkende soziale Ungleichheitsverhältnisse fungieren und die Berücksichtigung feministischer Theorie und intersektionaler Debatten zum Sichtbarmachen von Verzerrungen und blinden Flecken in vielen herkömmlichen Analysen produktiv beitragen (Gottschlich und Katz 2013; Schultz und Wendorf 2006).³

.....
³ Intersektionalitätsforschung bedeutet, den Blick auf die Verschränkungen von Ungleichheiten und gesellschaftlichen Differenzierungen zu richten und die Wechselwirkungen verschiedener Kategorien wie bspw. Klasse, Geschlecht, Herkunft, Alter, sexueller Orientierungen, Nicht-/Behinderung sowie deren gegenseitige Abschwächung und Verstärkung zu analysieren und sichtbar zu machen (vgl. z. B. Aulenbacher und Riegraf 2012).

EMPFEHLUNG I Kritische Wissensproduktion fördern

Damit positionieren wir uns im Sinne einer herrschaftskritischen und selbstreflexiven, transformativen Wissenschaft (Gottschlich 2013; Jahn 2013). Hierbei geht es u.a. darum, die Geschlechterblindheit vorherrschender Forschung und Debatten zu Green Economy aufzuzeigen und weitere Ungleichheitskategorien wie Ethnizität, Klasse, Alter etc. zu berücksichtigen. Darüber hinaus fehlt es an differenzierten Analysen und schärfender, vertiefter Begriffsarbeit im Zusammendenken von Care, Gender und Green Economy. Hierbei muss das Rad nicht neu erfunden werden, sondern es kann auf zahlreiche und unterschiedliche Analysen aus der feministischen Ökonomik und anderen kritischen Theorien und Strömungen zurückgegriffen werden (Haidinger und Knittler 2014; Gottschlich et al. 2014). Es geht also darum, die Weiterentwicklung der feministischen Forschung und insbesondere der feministischen Ökonomik der letzten Jahrzehnte samt ihrer Verschiebungen (von der Hausarbeitsdebatte bis hin zur Politisierung von Care-Arbeit) zu stärken. Die Forderung, Arbeit müsse neu bewertet und gedacht werden, ist keine neue, und gleichzeitig ist sie angesichts der Verschärfung der Arbeitsbedingungen im Bereich der Pflege, Bildung, Gesundheitsversorgung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und demografischer Veränderungen aktueller denn je.

„Die Frage, wie eine Gesellschaft die Betreuung, Begleitung und Versorgung von Kindern, Kranken und Älteren organisiert– das also, was im Kern die sogenannte Care-Ökonomie oder Sorgeökonomie ausmacht – wird mehr und mehr zur Schlüsselfrage der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung.“

Baumann 2013: 6

Im Zentrum der frühen feministischen Debatten stand schon immer die Kritik an der Trennung von Arbeit in bezahlte Erwerbsarbeit und nicht bezahlte Reproduktionsarbeit und deren Sichtbarmachung als Teil der Ökonomik (Biesecker und Gottschlich 2013: 178; Bauhardt und Çağlar 2010: 7). Ausgehend von dieser Kritik der Abspaltung und Abwertung reproduktiver Tätigkeiten fordern feministische Ökonom_innen bereits seit vielen Jahren die Sichtbarmachung des „Ganzen der Ökonomie“ und des „Ganzen der Arbeit“ (Biesecker und Gottschlich 2013: 178). Hierzu bedarf es differenzierter Analysen zu der Frage, wie Care-Ökonomie gesellschaftlich anerkannt und bewertet werden kann,



ohne Care-Arbeiten zu kommodifizieren und diese in das bisherige ökonomische System einzuhegen und damit der gängigen Profitlogik zu unterwerfen. Parallel hierzu geht es ebenso darum, die Diskussionen über eine Monetarisierung von Natur und der fortschreitenden Ausbeutung natürlicher Ressourcen und damit verbundene Ambivalenzen in die Analysen einzubeziehen. Dies setzt voraus, dass Trennungsstrukturen offengelegt und Zusammenhänge neu gedacht werden. Dabei rücken u.a. längst diskutierte Fragen nach der Unterscheidung von Öffentlichem und Privatem, der individuellen und strukturellen Ebene, von Oberfläche und Tiefenstruktur ins Zentrum. Alle diese Fragen sind von Relevanz bei der Gestaltung und Konkretisierung einer sozial-ökologischen Ökonomie.

Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die jeweiligen Widersprüche und Ambivalenzen gelegt werden. In dem Zusammendenken von Care, Gender und Green Economy ist es wichtig, die vielfältigen und sich überschneidenden intersektionalen Ungleichheiten sichtbar zu machen, um neue Ein- und Ausschlüsse zu vermeiden. Damit bspw. Frauen in Westeuropa erwerbstätig sein können, verschiebt sich zunehmend die Zuständigkeit für die Versorgungsökonomie hin zu Migrant_innen, die diese in prekären Arbeitsverhältnissen und häufig illegalisiert leisten. Ebenso geht es darum, Forschungsperspektiven auf globale Betreuungsketten (*care-chains*) zu differenzieren und die komplexen Verzweigungen innerhalb der Versorgungsverhältnisse zu berücksichtigen (Lutz und Palenga-Möllenbeck 2011).

Gleichzeitig sind es längst nicht mehr ausschließlich Frauen, welche durch die alltäglichen Anforderungen und die Koordinierung von unbezahlter und bezahlter Arbeit einen Balanceakt leisten müssen und häufig überbelastet sind. D.h. es geht um eine differenzierte Analyse, die einerseits sorgende Männer und die Veränderung tradiert Geschlechterarrangements im Care-Bereich in den Blick nimmt, andererseits Unterschiede innerhalb der keineswegs homogenen Gruppe der Frauen und damit verbundene Hierarchisierungen betrachtet. Durch die Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen und Minijobs, befristete Verträge und die Flexibilisierungs- und Entgrenzungsprozesse verändern sich die Arbeitsbedingungen nicht nur im Wissenschaftsbereich, sondern für alle Menschen – vor allem auch auf globaler Ebene. Hier bedarf es verstärkt kritischer Analysen zu veränderten gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbedingungen und damit verbundenen veränderten Geschlechterarrangements und neuen Problemlagen. Darüber hinaus gilt es, die staatliche Reformpolitik zu reflektieren und zu prüfen, inwiefern durch politische Regulierungen Probleme zweiter Ordnung entstehen, wenn bspw. die Hauptlast der Kosten für eine (notwendige) Pflegereform von den Beitragszahler_innen geschultert werden

muss und nicht über eine Steuerfinanzierung gedeckt wird, die alle Kapitalerträge einbeziehen könnte. Nachhaltiges Wirtschaften ist auf ein solidarisches Miteinander der Generationen angewiesen, wozu auch gehört, Verantwortung und Lasten gerecht zu verteilen und Kosten nicht auf zukünftige Generationen abzuwälzen.

Des Weiteren bedarf es der Verknüpfung eben dieser Zusammenhänge von Care, Gender und Green Economy mit aktuellen Debatten zu Postwachstum, *commons*, *share economy* etc. Obgleich vereinzelt Wissenschaftler_innen und Akteure feministische und weitere herrschaftskritische Perspektiven in die Debatten einbringen, mangelt es an Ansätzen, Care-Ökonomie und damit verbundene ungleiche Geschlechterverhältnisse bspw. in der Debatte um Grundeinkommen mitzudenken. Zudem fehlen sowohl die grundlegende Einbeziehung intersektionaler Sichtweisen als auch Analysen zur Verknüpfung und Verschiebung von Ungleichheitskategorien.

Alternativen und neue Wege, die bisherige Verhältnisse in Frage stellen, können gleichzeitig Ängste vor individuellen Veränderungen und Nachteilen hervorrufen wie auch Unsicherheiten in Bezug auf grundlegende gesellschaftliche Umbrüche. Diese Ängste sind vor allem auch vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Auflebens rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und nationalistischer Diskurse in Europa ernst zu nehmen und in die Überlegungen einzubeziehen. Es gilt daher auch mentale Strukturen und Gefühlsebenen zu untersuchen.

Nicht zuletzt fehlt es an genderrelevanten Daten wie Meike Spitzner in ihrem Beitrag ab Seite 34 darlegt. Differenzierte Erhebungen und die Entwicklung der entsprechenden Methodologien, die die geleistete unbezahlte und bezahlte Arbeit jährlich und EU-weit abbilden und gegenüberstellen, können die erwerbsökonomische und die versorgungsökonomische Verteilung von Arbeit verdeutlichen. Zudem bedarf es weiterer Anstrengungen zur Implementierung der Kategorie Gender sowohl in der Wissensproduktion als auch in der Forschungsförderung (siehe dazu folgendes Kapitel B).

EMPFEHLUNG II **Vorhandene Bündnisse stärken und neue Allianzen bilden**

Die Forderung, bestehende Bündnisse und Netzwerke zu stärken und neue Allianzen zu bilden, ist an dieser Stelle vorrangig an die *scientific community* gerichtet, unter der wir universitäre und außeruniversitäre wissenschaftliche Akteure verstehen. Um die vorhandenen Arbeiten und Ansätze einzubeziehen und auch auf bereits Bestehendes aufbauen zu können, sind Kooperationen und Netzwerke über diese Zusammenhänge



hinaus wichtig. Diese sollten daher vorangetrieben und finanziell unterstützt werden. Oftmals verlaufen zunächst euphorische Vernetzungsprozesse aufgrund von Zeit- und Ressourcenmangel im Sande, und interdisziplinäre und größere Forschungskonstellationen stehen häufig vor beträchtlichen institutionellen und disziplinären Hürden. Deshalb ist die Innovations- und Forschungsförderung gefragt, eben diese Prozesse zu ermöglichen und ggf. auch mittel- und langfristig strukturell zu unterstützen (siehe dazu folgendes Kapitel B). Voraussetzung für Allianzen ist eine Offenheit dafür, das Eigene mit anderen theoretischen Arbeiten und methodischen Ansätzen zu verbinden, von anderen Disziplinen zu lernen und gemeinsam Begriffe (neu) zu definieren. In interdisziplinären Kooperationen, vor allem jedoch in der Zusammenarbeit verschiedener Institutionen geht es darum, Übersetzungsarbeit zu leisten, um die Relevanz von Gender, Care und nachhaltigem Wirtschaften zu verdeutlichen. Hierbei geht es nicht ausschließlich um die Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in praxistaugliche Maßnahmen. Vielmehr geht es um eine gemeinsame Wissensproduktion und die Übertragung gesellschaftlicher Problemstellungen in konkrete Forschungsfragen. Die gemeinsame Sprache muss dabei nicht nur zwischen Disziplinen gefunden werden, sondern ebenso zwischen verschiedenen Kooperationspartner_innen wie Unternehmen, Kommunen, Wissenschaft, Bürger_innen, sozialen Bewegungen. Diese Übersetzungsarbeit lässt sich damit als Integrationsleistung verstehen, denn sie geht über das Finden gemeinsamer Begriffe und Verständnisse hinaus und erfordert ebenfalls die gleichrangige Einbeziehung unterschiedlicher Wissensformen zur Lösung lebensweltlicher Probleme. Dabei gilt es zu vergegenwärtigen, dass Wissen auch immer an Werte geknüpft ist, die es offenzulegen und zu reflektieren gilt. Diese Forderung nach Reflexion schließt damit auch anwendungsorientiertes Wissen, das zur Gestaltung sozial-ökologischer Transformationsprozesse unter Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure erarbeitet wird, ein – vor allem auch hinsichtlich unbekannter zukünftiger Entwicklungen und im Umgang mit Nichtwissen (Jahn et al. 2012).

Diesen Grundsätzen sehen sich beispielsweise auch die wissenschaftlichen Einrichtungen verpflichtet, die sich in der ‚NaWis-Runde Verbund für nachhaltige Wissenschaft‘ vereint haben. Ihr erklärtes Ziel ist „die Förderung transdisziplinärer Nachhaltigkeitswissenschaft im deutschen Wissenschaftssystem – sowohl in Hochschulen als auch in außeruniversitären Forschungseinrichtungen.“⁴ Einen vergleichbaren Ansatz hat das ECORNET, ein

4 Dazu gehören die Universität Kassel, die Leuphana Universität Lüneburg, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH und das Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam. <http://www.nawis-runde.de/nawis-home.html> (letzter Zugriff 01.09.2014).

Netzwerk aus acht bundesdeutschen ökologischen Forschungseinrichtungen.⁵ Die hier versammelten Institute gründeten sich „aus den konkreten Herausforderungen der ökologischen und nachhaltigkeitsorientierten Wende“ und dem Anspruch und Bedarf nach wissenschaftlichen Einrichtungen, die diese notwendigen Transformationsprozesse wissenschaftlich begleiten und voran treiben können. Ihr erklärtes Ziel ist „die Förderung transdisziplinärer Nachhaltigkeitswissenschaft im deutschen Wissenschaftssystem – sowohl in Hochschulen als auch in außeruniversitären Forschungseinrichtungen.“⁶

Allerdings spielen auch in diesen Initiativen und Allianzen für eine transformative und nachhaltigkeitsorientierte Wissenschaft und Forschungspolitik bisher Geschlechtergerechtigkeit und Care-Aspekte eine nur untergeordnete bis gar keine Rolle. Für eine Wissensproduktion, die einen signifikanten Beitrag zu einer nachhaltigen Ökonomie und Gesellschaft leisten will, ist die Berücksichtigung von Gender und Care als die (re)produktive Basis jeder Gesellschaft jedoch Grundvoraussetzung.

Darüber hinaus gilt es, von anderen Konzepten zu lernen und Perspektiven aus anderen Regionen einzu beziehen – wie bspw. *buen vivir*, *feminismo popular* oder *environmental justice*. Diese sollten jedoch nicht unreflektiert angeeignet und als Containerbegriffe verwendet werden, sondern vielmehr dazu anregen, vorherrschende eurozentrische Konzepte und deren Maßstab für bspw. Gerechtigkeit zu hinterfragen, d.h. ihre Entstehungsgeschichte und ihren Einfluss auf das Verständnis von universalen Konzepten wie Gerechtigkeit zu berücksichtigen.

Unsere Forderungen sind nicht zuletzt auch ein Plädoyer für das Bilden von Allianzen zwischen feministischer Nachhaltigkeitsforschung, politischer Care-Bewegung und sozialen Bewegungen zu alternativen Ökonomiekonzepten und Alltagspraktiken, wie z.B. die Bewegungen zu Postwachstum, Commons und Share Economy, die momentan an Zulauf und Kraft gewinnen.

5 Zum „Ecological Research Network“ (Ecornet), dem Netzwerk der außeruniversitären, gemeinnützigen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschungsinstitute in Deutschland, gehören die folgenden Institutionen: Ecologic Institut, ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Öko-Institut e. V., Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UFU), Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

6 <http://www.ecornet.eu/profil.html> (letzter Zugriff 01.09.2014).



Zusammenfassung der Empfehlungen an die Scientific Community

EMPFEHLUNG I

Kritische Wissensproduktion fördern

- Feministische Forschung und insbesondere die feministische Ökonomik weiterentwickeln, um so auch Strukturen, die zur Marginalisierung von Gender- und Care-Perspektiven in der Wissensproduktion führen, sichtbar zu machen und Ansätze zur Veränderung identifizieren zu können
- Feministische Inhalte in Lehre (und Lehrmaterialien) und Forschung, einschließlich beim Aufbau der Kompetenzen der Lehrenden, personenunabhängig und langfristig verstetigen
- Widersprüche und Ambivalenzen, die durch das Zusammendenken von Care, Gender und Green Economy sichtbar werden, analysieren und aufzeigen, um neue Ein- und Ausschlüsse zu vermeiden
- Gender- und Care-Analysen mit aktuellen Debatten zu Postwachstum, commons und share economy etc. verknüpfen
- Genderrelevante Daten (Zeitbudgetstudien etc.) umfassend und differenziert erheben

EMPFEHLUNG II

Vorhandene Bündnisse stärken und neue Allianzen bilden

- Von Anderen (Disziplinen, Konzepten, Alltagserfahrungen etc.) lernen und gemeinsam Begriffe (neu) definieren
- Übersetzungsarbeit in Kooperationen und Netzwerken leisten und unterschiedliche Wissensformen zur Lösung lebensweltlicher Probleme einbeziehen
- Transdisziplinäre Forschung stärken und fördern, um anwendungsorientiertes Wissen unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteure zu generieren
- Aushandlungsprozesse anstoßen und Öffentlichkeit schaffen über Forschungsstrukturen und -praktiken
- Allianzen bilden zwischen feministischer Nachhaltigkeitsforschung, politischer Care-Bewegung und sozialen Bewegungen zu alternativen Ökonomiekonzepten

B FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSPOLITIK

Unserem Verständnis nach ist es auch Aufgabe von Wissenschaft, Machtverhältnisse und Verteilungsfragen im Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu thematisieren. Denn sozial-ökologische Gerechtigkeit und der Abbau sozialer und geschlechtsbezogener Ungleichheiten sind nicht auf der Basis von win-win-Debatten zu realisieren. Mit den vorangegangenen

Überlegungen und der Positionierung im Sinne einer herrschaftskritischen und selbstreflexiven, transformativen Wissenschaft fordern wir von den politischen Entscheidungsträger_innen eine entsprechend auf Nachhaltigkeit und Transformation ausgerichtete Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik (DNR 2013; Schneidewind und Singer-Brodowsky 2013). Forschungsförderung, die auf nachhaltiges Wirtschaften zielt, ist zu stärken. Hierfür bedarf es einer demokratischen Forschungs- und Innovationspolitik, die in wissenschaftlichen Einrichtungen entsprechende Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen unterstützt und vor allem auch im Bereich der Privatwirtschaft und in der Förderung von (wissenschaftlichen) Ausgründungen technologische und soziale Innovationen⁷ und Prozesse anregt, die zu einer gesellschaftlichen sozial-ökologischen Transformation positiv und signifikant beitragen.

Wesentliche Steuerungsmechanismen von Wissenschaftsinstitutionen und ihren internen Abläufen im Feld der Wissensproduktion sind die Mechanismen der Selbststeuerung der Fachgemeinschaften, etwa durch Maßnahmen der Qualitätssicherung und -entwicklung wie Peer Review-Verfahren oder andere Mechanismen zur Verteilung von Reputation und zur Bestimmung über Karriereverläufe. Darüber hinaus erfolgt eine Fremdsteuerung auch durch den Druck zur verstärkten Drittmittelakquise und zur wirtschaftlichen Verwertung von Wissenschaft im Rahmen einer allgemeinen „Ökonomisierung des Wissenschaftssystems“ (Spangenberg 2013: 80) und der Hochschulen. Schließlich erfolgt eine Fremdsteuerung durch formale oder ordnungsrechtliche Instrumente in Form von Freiheits- oder Schutzrechten oder durch die hier beschriebenen forschungs- und innovationspolitischen Interventionen durch Bundesministerien und die Bereitstellung finanzieller Anreize (Simon 2013: 55; Segebart et al. 2014). Alle diese Mechanismen haben auch in Wechselbeziehung zueinander einen entscheidenden Einfluss auf die Handlungsspielräume wissenschaftlicher Einrichtungen bzw. Akteure. Auch wenn diese Mechanismen selbst herrschaftlich strukturiert sind, lassen sich hier auf verschiedene Weise Spielräume nutzen, um durch die Ausgestaltung und Ausrichtung wissenschaftlicher Einrichtungen auf eine sozial-ökologische Transformation hinzuwirken.

In diesem Abschnitt konzentrieren wir uns vor allem auf die Gestaltungsmöglichkeiten durch die bundesdeutsche Forschungs- und Innovationspolitik. Diese Politik wird in Deutschland in erster Linie durch die Bundes-

7 Soziale Innovationen beziehen sich in unserem Verständnis auf die Suche nach Lösungen für gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen und stehen damit in direktem Zusammenhang mit Nachhaltigem Wirtschaften.



regierung gefördert und orientiert sich seit 2006 maßgeblich an den Inhalten der Hightech-Strategie (HTS), einer nationalen Innovationsstrategie, „mit der die bestehenden wissenschaftlich-technischen Kompetenzen zusammengefasst und gezielt ausgebaut werden sollten.“⁸ Auch die Neuauflage der HTS 2014 ist exemplarisch für die Ausrichtung der Forschungsförderung, deren vorrangiges Ziel es ist „Deutschlands Position als führende Wirtschafts- und Exportnation“ zu sichern (BMBF 2014: 3).

Hier gilt es, klare Forderungen nach einem Paradigmenwechsel in Richtung Nachhaltigkeit unter expliziter Berücksichtigung von Care- und Geschlechteraspekten auch an die Akteure und die Entscheidungsträger_innen bundesdeutscher Forschungs- und Innovationspolitik zu stellen.⁹ Diese Entscheidungsebene ist relevant, denn trotz Verflechtungen, trotz dezentraler und föderaler Dynamiken hat der Bund „über seine Etathoheit und die zentrale Mitwirkung in den Aufsichtsgremien Zugriff auf die großen Forschungsgemeinschaften Helmholtz, Leibniz, Max Planck und Fraunhofer. Er wirkt mit seiner Politik und der wichtigen Rolle Deutschlands in die forschungsstrategischen Entscheidungen der EU hinein“ (Schneidewind und Singer-Brodowsky 2013: 370).

EMPFEHLUNG III **Eigenes Verständnis von Nachhaltigkeit, Green Economy und gesellschaftlichen Innovationen klären**

Wir empfehlen eine kritische Auseinandersetzung und Klärung des Zusammenhangs von Wissensproduktion, Forschungs- und Innovationspolitik und konkreten gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Eine grundlegende Notwendigkeit sehen wir darin zu definieren, welche Ziele die eigene Forschungs- und Innovationspolitik diesbezüglich verfolgt. Mit Blick auf die auch von der Bundesregierung identifizierten notwendigen und zukunftsrelevanten Transformationsprozesse empfehlen wir eine deutliche Formulierung und Positionierung: Welche Leitbilder und Zielvorstellungen hinsichtlich des Wirtschaftssystems, der Gesellschaft, der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse sowie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der Geschlechtergerechtigkeit sollen maßgeblich sein? Was für ein Verständnis von Nachhaltigkeit und Green Economy leitet die Forschungs- und Innovationspolitik? Welche Art von innovativen Prozessen sind dafür nötig?

Eine Auseinandersetzung mit derartigen Fragen hat (ansatzweise) beispielsweise in der Enquete-Kom-

8 <http://www.bmbf.de/de/19889.php> (letzter Zugriff am 22.7.2014)

9 Die Rolle von vergeschlechtlichem Wissen und vergeschlechtlicher Wissensproduktion auch auf politischen (und wirtschaftlichen) Entscheidungsebenen ist in diesem Zusammenhang äußerst relevant (vgl. Holland-Cunz 2005; Çağlar 2009).

mission des Deutschen Bundestags zu *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität* begonnen. Notwendig ist aber eine institutionalisierte Fortsetzung, um die Diskussionen über diese wichtigen gesellschaftlichen Themen weiter zu führen (Brand et al. 2013). In seinem Hauptgutachten *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation* (WBGU 2011) fordert auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) u.a. die Etablierung eines Forschungsfelds Transformationsforschung und damit einhergehend die Erhöhung der Mittel der bisherigen einschlägigen Forschungsprogramme für nachhaltige Entwicklung wie z.B. der Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA). „Wissenschaft hat die Aufgabe, in Kooperation mit Politik und Gesellschaft klimaverträgliche Gesellschaftsvisionen aufzuzeigen, unterschiedliche Entwicklungspfade zu beschreiben sowie klimaverträgliche und kostengünstige technologische und soziale Innovationen zu entwickeln“ (WBGU 2011: 341). So wichtig die Entwicklung klimaverträglicher und kostengünstiger technologischer und sozialer Innovationen auch ist: Forschungs- und Innovationspolitik darf darauf nicht beschränkt sein. Die notwendigen gesellschaftlichen Transformationen, die einen Wandel hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften einschließen, erfordern vielmehr, Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinne neu zu denken. Dazu gehört explizit, sozial-ökologische sowie Care- und Gender-Aspekte und die Bedingungen nachhaltigen Wirtschaftens in den Blick zu nehmen.

Sozial-ökologische Transformationen bedürfen auch eines Wandels der Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik, die sich auf den Werten einer vorsorgenden Ökonomie und Gesellschaft der Nachhaltigkeit gründet und damit auf Demokratie, Solidarität, ökologische und soziale Gerechtigkeit sowie eine Zukunftsverantwortung, die auch die Verantwortung für die Folgen heutiger Wirtschaft und Technik einschließt. Einer solchen Konkretisierung von Nachhaltigkeit sollten sich deshalb auch öffentliche Wissenschaftsinstitutionen und die steuerfinanzierte Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik als gesellschaftliche Teilsysteme verpflichtet fühlen. Dazu ist es notwendig, sich immer wieder öffentlich und auch innerhalb der Institutionen mit den Diskursen und Visionen von Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen, nicht zuletzt auch, um Nachhaltigkeit in einem kritisch-emanzipatorischen Sinn inhaltlich zu füllen und zu konkretisieren, was bspw. nachhaltige Energiepolitik oder nachhaltige Unternehmensführung bedeutet.

Wir nehmen die Errungenschaft der Freiheit der Wissenschaft ernst. Allerdings glauben wir nicht, dass die Freiheit der Wissenschaft und die gesellschaftlichen Anforderungen und Aufgaben an Wissenschaft



unauflösbare Widersprüche darstellen müssen. Zudem darf diese Freiheit nicht zu Lasten sozial-ökologischer Gerechtigkeit und Kämpfe gegen soziale und geschlechtsbezogene Ungleichheiten gehen. Gegenwärtig ist „Freiheit in feministischer, herrschafts- und kapitalismuskritischer Perspektive eine erst noch zu erreichende“ (Biesecker und Winterfeld 2014: 14). Und auch aus demokratietheoretischer Perspektive zeigt sich, dass die Forschungspolitik schon jetzt nicht frei von gesellschaftlichen – meist privatwirtschaftlichen und industriellen – Partikularinteressen ist (Ober 2014; Spangenberg 2013; vgl. dazu auch weiter unten).

In unseren Augen besitzt staatliche Forschungspolitik nicht nur die Verantwortung, die Grundlagen und Freiheit der Forschung zu sichern, sondern ebenso, den gesellschaftlichen Bedarf zu analysieren und an die Wissenschaftsinstitutionen heranzutragen und die Wirkung der eigenen Forschungsförderung zu überprüfen. Dabei sollte evaluiert werden, ob die Ausschreibungen und Agenden mit den formulierten Zielen übereinstimmen und diese auch vorangetrieben haben. Hier würde es sich anbieten, zukünftig spezifischer auf sozial-ökologische Aspekte und Transformation fokussierte Analysen und Evaluierungen von Forschungsprogrammen und -initiativen zu betreiben und die Forschungsagenden gegebenenfalls anzupassen.

Derzeit ist die Forschungs- und Innovationspolitik in Deutschland vorwiegend technologiefokussiert und legt verstärkt Gewicht auf die marktorientierte und auf Verwertung ausgerichtete Innovationsförderung. Als exemplarisch kann hier die finanzstarke Hightech-Strategie 2010-2013 der Bundesregierung mit dem Motto *Ideen-Innovation-Wachstum* gelten, die insgesamt zehn Zukunftsprojekte identifizierte: Für das Zukunftsprojekt *Nachhaltige Mobilität* geht es vor allem um die Weiterentwicklung von Elektroautos, Brennstoffzellen- oder Wasserstofftechnologie oder auch um sozio-technologische Innovationen wie elektronische Chipkarten für den ÖPNV. Wenig Erwähnung finden gesellschaftliche Innovationen wie neue Organisationsformen und soziale Praktiken. Ein weiteres, für eine vorsorgende Perspektive relevantes Zukunftsprojekt nennt sich ‚Auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen‘ und stellt damit ein zentrales Thema der Fürsorgedebatte in einer alternden Gesellschaft dar. „Angestrebt werden die Entwicklung neuer Versorgungskonzepte, Techniken und Dienstleistungen, die dem demografischen Wandel gerecht werden“. Das Ziel ist sowohl die „altersensible Anpassung kommunaler Infrastrukturen als auch die Entwicklung altersgerechter Mobilitäts- und Kommunikationstechnologien.“¹⁰

.....
10 <http://www.bmbf.de/de/19949.php>; die HTS identifiziert in der Fortsetzung von 2010 die fünf Handlungsfelder Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation (letzter Zugriff am 11.9.2014).

Hier werden soziale Pflegeleistungen in den technischen Bereich ausgelagert, in dem vor allem bauliche Maßnahmen und technische Assistenzsysteme entwickelt werden. Diese sollen pflegebedürftigen Menschen dabei helfen, ihren Alltag alleine zu bewältigen. Eine vorsorgende Perspektive dagegen betont die Pflege und die Integration älterer Menschen als einen Teil der sozialen Beziehungen, im Sinne einer alltäglichen menschlichen Fürsorgepraxis anzuerkennen und zu fördern, sowie dafür die legitimen gesellschaftlichen Möglichkeitsräume zu schaffen (vgl. dazu auch Genanet und Gottschlich 2012).

Gegenüber der Hightech-Strategie 2010-2013 mit einem Budget von 27 Milliarden Euro oder der Bioökonomiestrategie mit 2,4 Milliarden Euro bis 2018 ist der Förderschwerpunkt Sozial-ökologische Forschung (SÖF) des BMBF-FONA Programms¹¹, in dem aus einer explizit inter- und transdisziplinären Forschungsperspektive die sozialen Verhältnisse, Gesellschaft-Natur-Beziehungen und gesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen thematisiert werden, mit 10 Millionen Euro pro Jahr extrem dürftig ausgestattet (Ober 2014: 26). Diese Hierarchisierung der Disziplinen zugunsten eines Primats der Natur- und Technikwissenschaften und einer Forschungs- und Innovationspolitik, die Innovationen für Nachhaltigkeit vorwiegend technologisch versteht, die allenfalls sozialwissenschaftlich begleitet werden sollen, greift zu kurz. Grundlegend für eine sozial-ökologische Transformation ist dagegen die inter- und transdisziplinäre Ausrichtung der Wissenschafts- und Innovationspolitik sowie eine Perspektive, die soziale, ökonomische und ökologische Prozesse systematisch aufeinander bezieht, wie es auch im SÖF-Schwerpunkt angelegt ist.

Das übergreifende Ziel dieses Förderschwerpunkts besteht darin, „gesellschaftliche Transformationsprozesse zu verstehen und Wissen zu erarbeiten, mit dem diese in eine nachhaltige Richtung gesteuert werden können“ (Projektträger im DLR e.V. 2007: 7). Zentral für die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung sei dabei, dass „naturwissenschaftlich-technische und soziale Innovation Hand in Hand gehen“ (ebd.). Die Gender-Perspektive stellt einen solchen innovativen Zugang dar, der neue Denkanstöße liefert. Uwe Schneidewind, einer der prominenten Befürworter einer transdisziplinären sozial-ökologischen Forschung als Teil der notwendigen Forschungswende verweist darauf, dass beispielsweise Suffizienz- und Verhaltensaspekte erst aufgrund der Forderungen gendersensibler Forscher_innen in die stark technologische Energiewendebatte einbezogen worden seien (Schneidewind zit. n. Katz et al. 2014: 289).

.....
11 <http://www.fona.de/>



Gender- und Care-Perspektiven haben es jedoch selbst im Förderschwerpunkt der SÖF schwer. Anfangs positiv aufgenommen und diskutiert als eine der zentralen Problemdimensionen, kam es in der 10-jährigen Laufzeit zu einer Erosion der Geschlechterperspektive, die schließlich im Agenda-Prozess der Weiterentwicklung der sozial-ökologischen Forschung fast unter den Tisch gefallen wäre (Gottschlich und Katz 2013: 138; Schultz und Wendorf 2006). In den Zukunftsprojekten der Hightech-Strategie kommt die Geschlechterperspektive gar nicht erst vor. Und auch der WBGU spricht kaum von den sozialen und insbesondere geschlechtlichen Dimensionen dieser Entwicklung.

So lässt sich konstatieren, dass nach Jahrzehnten geschlechterpolitischer Forderungen in Deutschland die Landschaft der Forschungs- und Innovationspolitik immer noch weitestgehend geschlechterblind ist. Diese Blindheit spiegelt sich auch in der Wissenschaft wider: selbst die gegenwärtigen Debatten über Postwachstum oder *degrowth* zeigen sich weitgehend geschlechterblind (Bauhardt 2013). Wir interpretieren dies als Ausdruck eines deutlichen Defizits in der Anerkennung und Wertschätzung der gesellschaftlichen, sozial-ökologischen Fürsorgetätigkeiten, der Sorge um die sozialen und natürlichen Ressourcen von Gesellschaft und der feministischen Wissenschaft, die darauf immer wieder hinweist und in diesem Punkt viel beitragen kann. Als Erklärung dafür könnte u.a. die bereits oben erwähnte selektive Perzeption dienen – also die Marginalisierung von Querschnittsthemen, die einerseits nicht in den eigenen Zuständigkeitsbereich fallen und andererseits gesellschaftlich wenig Anerkennung erfahren und deshalb besonders randständig behandelt werden (Sauer 2014: 36). Hier besteht sowohl wissenschaftlicher als auch politischer Nachholbedarf.

EMPFEHLUNG IV **Demokratisierung von Forschungs- und Innovationspolitik vorantreiben**

Als Voraussetzung für die ausstehende gesellschaftliche Auseinandersetzung und Gestaltung einer nachhaltigen Ökonomie und Gesellschaft sehen wir die Demokratisierung der Forschungs- und Innovationspolitik im Sinne einer ausgewogeneren Partizipation gesellschaftlicher Akteure an den hier zentralen Prozessen und Institutionen. Dafür bedarf es deutlich mehr Transparenz und die Einbeziehung und Beteiligung marginalisierter Akteure im Agenda Setting und in den dafür relevanten Expert_innengremien. So genannte ‚schwache Interessen‘, gemeint sind die gar nicht oder nur wenig organisierten gesellschaftlichen Gruppen sowie die zwar gut organisierten, doch häufig nur mittelmäßig mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestatteten Verbände der Zivilgesellschaft, sind in den betreffenden Gremien häufig unter-

„Es ist an der Zeit, auch über die Grenzen der Partizipation bei der Wissensproduktion nachzudenken. Welche Akteure braucht es für welche Forschungsfragen? Wie kann es gewährleistet werden, dass auch die ‚schwachen‘ Akteure, die Genderakteure z.B., entsprechend mitgestalten können. Die Partizipationsforschung zeigt ganz deutlich, dass Partizipation einen „Mittelstandsbauch“ hat, bestimmte Gruppen partizipieren, andere können oder wollen auch nicht partizipieren. Deshalb kann Partizipation auch nicht die alleinige Form sein um der Frage nachzugehen, wie unterschiedliche Problemlagen und Problemwahrnehmungen auch von Gruppen, die am Rande stehen, integriert werden können. Hier möchte ich nochmal auf eine Idee / Forderung von Donna Haraway zurückgreifen, die auch für die Forschung zu Gender, Care und Green Economy wichtig ist: die Frage nach dem „cui bono“. Wer profitiert denn von den Forschungsergebnissen, wessen Problem werden adressiert und wessen auch nicht? Dies sollte aber von der Forschungspolitik /-förderung überprüft werden, das ist nicht die Aufgabe der Akteure selbst.“

Prof. Dr. Ines Weller, Universität Bremen,
bei der Abschlusskonferenz

repräsentiert (Clement et al. 2011). Demgegenüber sind insbesondere (groß)wirtschaftliche und industriepolitische Akteure als ‚starke‘ Interessensverbände organisiert, bspw. im einflussreichen Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) oder im Verband Deutscher Automobilhersteller (VDA), und beeinflussen die politischen formellen und informellen Aushandlungsarenen entsprechend zu ihren Gunsten.¹² Das Ziel bei der Ausweitung von Partizipationsprozessen sollte es

.....
¹² Ein prominentes Beispiel ist die durch Deutschland blockierte EU-Abstimmung über strengere CO₂-Grenzwerte; <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/eu-umweltminister-vertagen-streit-um-co2-grenzwerte-a-927663.html> (letzter Zugriff am 22.7.2014)



sein, die betroffenen aber bisher von Gestaltungsprozessen ausgeschlossenen gesellschaftlichen Akteure verstärkt miteinzubeziehen. Da gesellschaftliche Partizipationsräume nicht machtfrei sind, kommt der Forschungs- und Innovationspolitik die zentrale Aufgabe zu, einen Ausgleich der Interessen zu gewährleisten. Wie beim *Gender Impact Assessment* ließe sich die Forschungspolitik an der Frage ausrichten und danach überprüfen, wer von welchen Agenden (nicht) profitiert oder für wen eigentlich (nicht) geforscht wird.

Hier zeigt z.B. der aktuelle Beteiligungsprozess zur FONA Forschungsagenda Green Economy exemplarische Leerstellen. 2012 startete das BMBF gemeinsam mit dem BMU einen Dialog mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft über die Rahmenbedingungen und den Forschungsbedarf für die Green Economy.¹³

Die Partizipation und Teilhabe am Agenda Setting beschränkte sich auch hier auf ausgewählte und explizit eingeladene Akteure. Insgesamt war dieser Prozess durch eine überproportional große Beteiligung von Wirtschaftsakteuren gekennzeichnet; Geschlechtergerechtigkeit und Care-Perspektiven ebenso wie die entsprechenden Akteure wurden marginalisiert, der aktuelle Stand der Forschung in diesem Bereich nicht zur Kenntnis genommen.

Analog zu diesen Macht- und Einflussverhältnissen verteilen sich auch die Fördermittel der Forschungs- und Innovationspolitik: Denn kleinere und weniger gut etablierte oder neue Akteure und Institutionen werden nur unterdurchschnittlich gefördert. Diese informellen Barrieren zu den Förderprogrammen gilt es abzubauen. Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen haben bereits konkrete Anforderungen formuliert, wie sie in die Wissenschaftspolitik und in die Strukturen der Forschungsförderung stärker einbezogen werden wollen (DNR 2013). Zentral ist dabei neben der Forderung nach mehr Transparenz und Partizipation auf allen Ebenen des Wissenschaftssystems eine weitaus stärkere Ausrichtung an Nachhaltigkeit mit dem Ziel einer ‚gemeinwohlorientierten Forschungsstrategie‘ (Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende/VDW 2014). Dazu gehört auch die Erarbeitung neuer Formate bei der Gestaltung von Förderlinien, in die zivilgesellschaftliche Organisationen verstärkt einbezogen werden. Zudem braucht es neue Analysemethoden und Evaluationskriterien für Forschung und Wissenschaft, etwa durch die anvisierten Zielgruppen der Forschungsergebnisse selbst. Ferner bedarf es einer deutlich ausgeweiteten und längerfristigen Forschungsförderung für die Erforschung von Nachhaltigkeitsthemen. Einige Themen transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung,

insbesondere Aspekte sozial-ökologischer Gerechtigkeit, die Care-Debatte und Geschlechterperspektiven sind immer noch Randthemen in der etablierten deutschen Wissenschaftslandschaft. Die Beschäftigung mit solch kritischen Ansätzen kann sogar ein langfristiges Karriererisiko für Forscher_innen darstellen, da teilweise versucht wird, interdisziplinäre und kritische Forschungsperspektiven zu diskreditieren und deren wissenschaftliche Legitimation in Frage zu stellen.¹⁴ Hier gilt es gegenzusteuern, etwa mit einer gezielten Nachwuchsförderung im Bereich der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung und der Einrichtung von entsprechenden Akademien (DNR 2013). Daran anknüpfend empfehlen wir die Einrichtung von Kompetenzzentren sowie von Innovationspreisen für Nachhaltigkeitsforschung, um die sozial-ökologische Forschung mit Gender- und Care-Bezug institutionell zu stärken, entsprechende Forschungsfragen und -methoden weiterzuentwickeln und diesbezüglich Projektberatung und -begleitung anzubieten.

EMPFEHLUNG V

Kriterien und Maßnahmen für eine nachhaltige und geschlechtergerechte Forschungs- und Innovationspolitik formulieren

Zur Auseinandersetzung der bundesdeutschen Forschungs- und Innovationspolitik und ihren Institutionen mit den genannten Konzepten und Diskursen von Nachhaltigkeit gehört es schließlich auch, sich verbindliche Nachhaltigkeitsziele zu setzen. Mit gutem Beispiel voran geht hier die nordrhein-westfälische Forschungsstrategie Fortschritt NRW 2013-2020, die vorrangig auf inter- und transdisziplinäre Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung setzt und mehr Partizipation in der Forschungspolitik durch die Bürger_innen wagt. In der Strategie werden explizit auch Anknüpfungspunkte an die Geschlechterforschungsförderung genannt und deren Ausbau weiter angestrebt (Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung NRW 2013).

Auch im neuen EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 wird geschlechtsbezogene Chancengleichheit in dreifacher Hinsicht berücksichtigt: Erstens wird auf die geschlechtliche Zusammensetzung von Entscheidungsgremien positiv eingewirkt. Sowohl beim Monitoring des Rahmenprogramms und in der Begutachtung von Anträgen spielt der Anteil von Frauen und Männern eine Rolle, bei der Besetzung der Begutachtungsgremien wird auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet. Angestrebt wird hier eine Quote von 40 Prozent Gutachterinnen und 50 Prozent Frauen in beratenden Gremien.

13 <http://www.fona.de/green-economy> (letzter Zugriff am 29.8.2014)

14 <http://www.fg-gender.de/fg-gender-2/aktuelles-fg> (letzter Zugriff am 29.8.2014)



Zweitens ist die Kategorie Geschlecht eines von mehreren Querschnittsthemen und muss in der inhaltlichen Ausgestaltung von Forschungsprojekten berücksichtigt werden. Auch Genderkompetenz-Trainings können neuerdings in den Projekten eingeplant und die Kosten abgerechnet werden. Drittens stellt die geschlechtliche Zusammensetzung von Forschungsteams einen *ranking factor* in der Begutachtung bei ansonsten gleicher Punktwertung dar.¹⁵ Das kann allerdings im Fall eines Ungleichverhältnisses auch kontraproduktiv im Sinne der Frauenförderung sein.

Diese beiden forschungspolitischen Strategien bieten zumindest einen ersten Ansatz und Anknüpfungspunkte, an denen sich die Akteure der bundesdeutschen Forschungs- und Innovationspolitik verstärkt orientieren könnten. Unser Anliegen ist es, Geschlechter-, Sorge- und sozial-ökologische Perspektiven systematisch zu verknüpfen und in die Forschungs- und Innovationspolitik zu integrieren. Von besonderer Bedeutung, insbesondere auch im Bereich der Technik- und Naturwissenschaften, ist dabei die Integration der Sorgeperspektive bzw. des Vorsorgeprinzips als Basis für die forschungs- und wissenschaftspolitische Gestaltung. Dazu sollte auf Basis verschiedener bereits existierender Ansätze eine systematische (Weiter-)Entwicklung von Kategorien, Indikatoren und Maßnahmen erfolgen. Als Grundlage dafür können konkrete sozial-ökologische Kriterien sowie Kriterien einer vorsorgenden und geschlechtergerechten Entwicklung dienen.

Dafür empfehlen wir (1) die Förderung der Care-, Gender- und Nachhaltigkeitsexpertise in den zentralen Auswahl- und Begutachtungsgremien sowie die Etablierung dieser Themen als festgeschriebene Kriterien in der Auswahl, inhaltlichen Bewertung und Evaluation der Projektförderung.¹⁶ Darüber hinaus ist (2) die verstärkte Förderung von Pilotprojekten erforderlich, die die Forschung und Entwicklung sozial-ökologischer, an nachhaltigem Wirtschaften orientierter Innovationen aus einer vorsorgenden Perspektive vorantreiben, sowie die explizite Würdigung inter- und transdisziplinärer Forschung in den Förderkriterien mit dem Ziel, lebensweltliche Problemlagen zu bearbeiten und Innovation nicht nur technologisch zu fassen. Ferner bedarf es (3) der institutionalisierten

.....
 15 <http://www.horizont2020.de/einstieg-genderaspekte.htm>; <http://www.berlin.de/sen/frauen/arbeit/wissenschaft-und-forschung/eu-forschung/>; https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/sites/horizon2020/files/FactSheet_Gender_091213_final_2.pdf (letzter Zugriff am 29.8.2014)

16 Ein interessantes Instrumentarium - ein Gender Impact Assessment - zur Überprüfung der Intergration(smöglichkeiten) von Genderaspekten in die EU-Forschung wurde bereits 2001 von Schultz et al. entwickelt (Schultz et al. 2001).

„Technologieforschung, in die Gender und Care einbezogen werden, kann zu neuen Lösungen führen UND würde die Bereiche für Frauen interessanter machen.“

Prof. Dr. Ines Weller, Universität Bremen,
bei der Abschlusskonferenz

und obligatorischen Vermittlung und Förderung von Nachhaltigkeits-, Care- und Gender-Kompetenzen für Führungskräfte und Mitarbeitende in den Institutionen der Projektförderung und bei den Projektträgern ebenso wie einer nachhaltigkeitsorientierten Haushaltspolitik in Forschungsförderinstitutionen. Nicht zuletzt müssen (4) die Projektlaufzeiten angepasst werden, um sowohl bei der inhaltlichen Projektplanung und bei der Finanzierung einen größeren zeitlichen Spielraum zu haben und Care-Fragen auch praktisch berücksichtigen zu können (bei Elternzeiten, Ausfall durch Krankheiten, Vertretung von Mitarbeiter_innen aufgrund von Pflegetätigkeiten usw.). Solche und weitere Maßnahmen sollten systematisch weiterentwickelt und für die Forschungs- und Innovationsförderung in alle Bereiche integriert und verbindlich gemacht werden. Mit diesen können dann Prinzipien einer nachhaltigen Ökonomie als Teil einer sozial-ökologischen Transformation für die Wissenschaft und Wissenschaftspolitik operationalisierbar und überprüfbar gemacht werden. In Anbetracht der Tatsache, dass Forschung immer auch soziale Belange betrifft und Gesellschaft beeinflusst und gleichzeitig nicht im herrschaftsfreien Raum stattfindet, aber auch in Anbetracht dessen, dass die Genderkompetenz in Forschungsteams nicht immer vorhanden ist, empfehlen wir Begleitprojekte, welche die relevanten Fragestellungen aus der Gender- und Care-Perspektive herausarbeiten und diese gemeinsam mit dem Forschungsteam bearbeiten.

Zusammenfassung der Empfehlungen an politische Entscheidungsträger_innen

EMPFEHLUNG III Eigenes Verständnis von Nachhaltigkeit, Green Economy und gesellschaftlichen Innovationen klären

- Gesellschaftlich relevante Definitionen und Leitbilder von Green Economy, Nachhaltigkeit und Innovationen für die Transformation klären
- Staatliche Politiken und Maßnahmen anhand der selbst identifizierten gesellschaftlichen Herausforderungen, Ziele und Indikatoren überprüfen und evaluieren



EMPFEHLUNG IV

Demokratisierung von Forschungs- und Innovationspolitik vorantreiben

- Marginalisierte soziale Gruppen dezidiert einbeziehen und mehr Transparenz und demokratische Partizipation in den Strukturen der Forschungsförderung und im Wissenschaftssystem schaffen
- Neue partizipative Formate in der Gestaltung von Förderprogrammen entwickeln, die einen sozialen Ausgleich in der Beteiligung schaffen
- Förderung für bestehende Programme sozial-ökologischer Forschung ausweiten und transformative Pilotprojekte mit Gender- und Care-Fokus fördern

EMPFEHLUNG V

Kriterien und Maßnahmen für eine nachhaltige Forschungs- und Innovationspolitik formulieren

- Nachhaltigkeit, Gender und Care als Evaluationskriterien in der Forschungsförderung aufnehmen
- Gender- und Nachhaltigkeitsexpertise in den zentralen Auswahl- und Begutachtungsgremien integrieren
- (Nachwuchs-)Förderung transdisziplinärer sozial-ökologischer Gender-Forschung stärken
- Ansätze nachhaltigkeitsorientierter Haushaltspolitik entwickeln und etablieren
- Längere und flexible Projektlaufzeiten zur Wahrnehmung inhaltlicher und organisatorischer Spielräume ermöglichen
- Care als Prinzip einer vorsorgenden Forschung in allen Forschungsbereichen verankern
- Begleitprojekte etablieren, die auf die Gender- und Care-Perspektive in Forschungsvorhaben hinwirken

C WISSENSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN

Wissenschaftliche Einrichtungen sind ein wesentlicher Teil des gesellschaftlichen, historischen und institutionellen Rahmens, in dem die Produktion von Wissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen organisiert und betrieben wird. Hochschulen und andere wissenschaftliche Institutionen stehen dabei seit einigen Jahren vor der Herausforderung, sich neu zu strukturieren. Dabei sind Prozesse der Transnationalisierung und Quantifizierung zu erkennen, die häufig mit einer Ökonomisierung der Wissenschaft in Verbindung gebracht werden (Münch 2009).

Im Folgenden betrachten wir mit den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie mit der Gründungsförderung zwei Handlungsfelder wissenschaftlicher Einrichtungen etwas näher, in denen diese

Prozesse sichtbar werden und die wir als mögliche Stellschrauben für eine auf vorsorgende Nachhaltigkeit ausgerichtete Ökonomie und Gesellschaft betrachten.

Nachhaltige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen

Wissenschaftliche Einrichtungen und Wissenschaftler_innen werden zunehmend durch quantitative Indikatoren (wie die Anzahl an Publikationen und Höhe der eingeworbenen Forschungsmittel) evaluiert. Dies reiht sich ein in Public Management-Strategien und Instrumente wie leistungsorientierte Mittelzuweisungen zur Beförderung des Wettbewerbs zwischen und innerhalb von wissenschaftlichen Einrichtungen (Binner et al. 2013). Die auf EU-Ebene im Jahr 2000 verabschiedete Lissabon-Strategie¹⁷ formuliert das Ziel, die EU zu einem wettbewerbsfähigen und dynamischen wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen und betont die Notwendigkeit der Entwicklung von Humanressourcen im Wissenschaftsbereich als Wettbewerbsfaktor (ebd., vgl. dazu auch Kahlert 2013). Dazu gehört auch die spezielle Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses. Auf deutscher Ebene wurde 2008 der Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vom BMBF vorgelegt. Auch hier wird die Bedeutung von hoch qualifizierten jungen Erwachsenen im globalen Wettstreit betont. Frauenförderung gilt dabei als ein wichtiges Instrument: „Im Zuge des Aufstiegs ökonomischen Denkens und Handelns in der Wissenschaft werden Chancengleichheit, Gleichstellung und Gerechtigkeit zu einer organisationalen Leistung in und von Hochschule und Forschung. Frauen bzw. dem weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs kommt dabei die Bedeutung einer besonders förderungswürdigen Humanressource zu“ (Kahlert 2013: 32; Scherb 2012).

Die empirische Wirklichkeit insbesondere junger Wissenschaftler_innen in Deutschland ist derzeit allerdings weitgehend von Erfahrungen der sozialen Unsicherheit und ökonomischen Prekarität geprägt: Die überwiegende Mehrzahl der Stellen des sogenannten Mittelbaus ist befristet, jenseits der Professur sind kaum feste Stellen verfügbar und die Lehre wird oft von schlecht oder nicht bezahlten Lehrkräften durchgeführt (GEW, Templiner Manifest¹⁸). Hinzu kommen zunehmend belastende familiäre Sorgeverantwortungen und Probleme in der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft, die zwar nicht ausschließlich aber doch immer noch überwiegend zu Lasten von Frauen gehen. Aber auch immer mehr junge Väter in Sorgeverantwortung sind teilzeitbeschäftigt, was neben der Geschlechterdimension auf die strukturelle Benachteiligung durch Elternschaft und andere

¹⁷ http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm#Vorbereitung (letzter Zugriff 15.9.2014)

¹⁸ <http://www.templiner-manifest.de/> (letzter Zugriff am 29.08.2014)



Sorgeverantwortung hinweist, weil es die Karrierechancen in der derzeitigen Wissenschaftslandschaft deutlich schmälert (Metz-Göckel et al. 2014; Holland-Cunz 2005).

Entgegen des skizzierten Ansatzes, Geschlechter- und Chancengleichheit vorrangig als ökonomische Ressource zu betrachten, erfordert Nachhaltigkeitsforschung auch die Stärkung vorsorgender und geschlechtergerechter Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Dazu gehört sowohl die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen an wissenschaftlichen Einrichtungen als auch eine grundsätzliche Neudefinition von (wissenschaftlicher) Arbeit selbst (siehe auch Kapitel A).

„Ich sehe eine gewisse Tendenz, Care stark mit der Sorge für andere zu übersetzen. Damit ist dann auch schnell die Familienorientierung im Blick. Aber gerade im Wissenschaftsbetrieb geht es auch um Care für sich selbst. Das ist gerade in Wissenschaft und Forschung wichtig zu betonen. Damit es nicht die Tendenzen fortführt, die es derzeit im universitären Bereich gibt, Gleichstellung mit Familienpolitik zu verbinden und sehr stark darauf zu verkürzen. Sonst besteht die Gefahr, dass die Debatten über Gender, Care und Green Economy einen eher traditionellen und auch rückwärts-gewandten Charakter erhalten.“

Prof. Dr. Ines Weller, Universität Bremen,
bei der Abschlusskonferenz

Dabei ist die kritische Frage nach der Autonomie und den Handlungsspielräumen von wissenschaftlichen Einrichtungen in dem identifizierten Wirkungsfeld berechtigt. Ein verstärkter Wettbewerb bei gleichzeitigem Rückgang der Grundfinanzierung von Hochschulen bringt Gewinner_innen und Verlierer_innen hervor, dem sich öffentliche Institutionen nur schwer entziehen können und wobei eine gefährliche Abwärts-spirale in Qualität und Leistungsfähigkeit droht (Dörre und Neis 2010: 162). Beispiele zeigen jedoch, dass durchaus Handlungsspielräume für wissenschaftliche Einrichtungen bestehen, nachhaltige Aspekte im Betriebsalltag von Beschäftigung, Forschung und Lehre umzusetzen und weiter voran zu treiben. Dazu gehört etwa die Cusanus-Hochschule in Gründung, die in ihrer räumlichen und institutionellen Gestaltung sowie in Forschung und Lehre Care als Prinzip verankert

und in diesem Sinne eine Hinwendung zu integrativen gesellschaftlichen Werten und Zielen stärken will (Heinrich Böll Stiftung 2014).

Es kann nicht darum gehen, Modernisierungsprozesse an wissenschaftlichen Einrichtungen grundsätzlich abzulehnen. Dennoch sollten die Ambivalenzen, die mit der Ausrichtung nach dem Leitbild der *unternehmerischen Hochschule* verbunden sind, als solche wahrgenommen werden. Denn aus einer Geschlechterperspektive bieten diese Umgestaltungsprozesse wissenschaftlicher Einrichtungen auch Chancen: „... in dem Moment eines eingeforderten Organisationswandels und des gleichzeitigen Auftretens politischer Signale für Gleichstellungspolitik, in denen Gleichstellung als Evaluationskriterium für gute Wissenschaft erwartet wird, kann auch das Potenzial grundlegender Veränderungen liegen“ (Binner et al. 2013a: 11). Dasselbe lässt sich durchaus für Nachhaltigkeitspolitik postulieren.

Im Folgenden formulieren wir einige Empfehlungen, wie eine Kultur der Nachhaltigkeit an wissenschaftlichen Einrichtungen selbst und in ihrem Wirkungsfeld voranzutreiben wäre. Das beinhaltet einerseits sozial-ökologische Maßnahmen und Gleichstellungspolitiken, führt andererseits darüber hinaus zu einem erweiterten Verständnis von (wissenschaftlicher) Arbeit.

EMPFEHLUNG VI **Strukturen nachhaltiger Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ausbauen**

Viele wissenschaftliche Einrichtungen verfügen inzwischen über Nachhaltigkeitsziele oder sogar umsetzungsorientierte Nachhaltigkeitsstrategien. Dabei stehen häufig insbesondere ökologische oder energietechnische Aspekte im Fokus: Es geht um ressourcenschonende Materialbeschaffung, einen reduzierten Energieverbrauch der Einrichtungen oder um die Förderung umweltfreundlicher Mobilität durch die vergünstigte Nutzung des ÖPNV.

Aber auch soziale Maßnahmen wie bspw. der Ausbau angegliederter Kinderbetreuungseinrichtungen haben positive Umwelteffekte durch die Vermeidung unnötiger Versorgungsfahrten. Zugleich kann es stressmindernd für die beschäftigten Eltern wirken, wenn der Nachwuchs direkt nebenan betreut wird. Dennoch fällt der Ausbau derartiger Rahmenbedingungen selten unter den Begriff der Nachhaltigkeit, sondern ist vielmehr im sozialen Bereich der Gleichstellungspolitik oder Familienfreundlichkeit verortet. Diese soziale Dimension der Nachhaltigkeit hat inzwischen in wissenschaftlichen Einrichtungen und insbesondere an Hochschulen verstärkt Bedeutung erlangt. Diese positiven Entwicklungen sind nicht zuletzt ein Resultat



des politischen Gender Mainstreamings, beispielsweise in Form der 2008 von der Deutschen Forschungsgesellschaft veröffentlichten forschungsorientierten Gleichstellungsstandards (DFG 2008). Hier werden personelle und strukturelle Standards für eine Gleichstellungspolitik in der Wissenschaft definiert, deren zentrales Ziel die Erhöhung des Frauenanteils auf allen wissenschaftlichen Karriereebenen ist.

Viele wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland entwickelten so auf Basis der DFG-Standards Gleichstellungskonzepte, in denen Maßnahmen definiert und konkrete Strategien und Instrumente entwickelt werden. Dazu gehört beispielsweise das Gender-Audit zur Evaluierung und Messung von gleichstellungspolitischen Maßnahmen. Die Einrichtungen werden hinsichtlich ihrer Gleichstellungskonzepte bewertet und benotet. Eine niedrige Einstufung verschlechtert die Wettbewerbsbedingungen in der Konkurrenz um die begehrten Drittmittelgelder (Riegraf und Weber 2013). Auch die Exzellenzinitiativen des deutschen Bundes und der Länder gehören zu diesen Instrumenten, die, wenn sie finanziell gut ausgestattet sind und mit gleichstellungspolitischen Standards verbunden werden, einen steigenden Anteil von Wissenschaftlerinnen bedeuten können, da diese dann zum Wettbewerbsvorteil für

die Hochschule werden. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass damit auch emanzipatorische Transformationsprozesse struktureller Ungleichheiten einsetzen und informelle Ausschlussmechanismen unwirksam werden (Riegraf und Weber 2013: 74).

Neben der grundsätzlichen Forderung nach mehr regulären, unbefristeten Stellen mit langfristigen Perspektiven im Wissenschaftsbetrieb fordert auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) konsequent eine gleichstellungsbezogene Familienpolitik, die sich an Frauen wie Männer gleichsam richtet. Zudem fordert sie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, die allen Hochschulmitgliedern und Beschäftigten von Forschungseinrichtungen offen stehen, flexible Arbeitszeitmodelle in der Wissenschaft und Gleichbehandlung bei Teilzeitstudium und Teilzeitbeschäftigung sowie bei befristeten Arbeitsverträgen.

Nachhaltige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in wissenschaftlichen Einrichtungen beinhalten durchaus solche und andere Lösungen für den Ausfall von Mitarbeiter_innen wegen Pflegeverantwortung oder Teilzeit sowie für Mutterschutz- und Elternzeitvertretungen. Des Weiteren muss es auch darum gehen, eben diese Care-Aspekte systematisch in Projekt-





laufzeiten und Stellenformate einzuplanen und entsprechend auszuschreiben, die Stellen flexibler zu gestalten mit Blick auf die Reduktion und Aufstockung von Stunden, weniger Präsenzarbeitszeit und nach Bedarf und auf Wunsch mehr *home office*¹⁹ zu ermöglichen sowie betriebseigene Kitas und kinderfreundliche Büros zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich sollte Care nicht beim Thema Elternschaft oder Pflege von Angehörigen stehen bleiben, und damit auch nicht allein den Gleichstellungs- oder Familienbeauftragten zugeordnet oder als Einzelfall behandelt werden. Wissenschaftliche Einrichtungen benötigen umfassende Konzepte für menschengerechte Arbeitsplätze und für die Weiterentwicklung und Umsetzung eines Konzeptes von *Gutem Arbeiten*. Hierfür sollten entsprechend Mittel und Personal zur Verfügung gestellt werden. Zentral ist auch die verstärkte Sensibilisierung und Schulung von Führungspersonal für diese Herausforderungen und für die Umsetzung umfassender und integrativer Lösungen.

Ideen zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsaspekten sind vorhanden, viele Maßnahmen und Instrumente der Gleichstellung wurden auch schon formal institutionalisiert, werden aber unzureichend umgesetzt oder wenig genutzt. Hier wirken mitunter auch informelle Mechanismen wie Werte und Normen, die geschlechtsbezogene Arbeitsteilung und damit verbundene Zuschreibungen sowie arbeits- und sozialpolitische Regulierungen, die in ihrem Zusammenwirken den gesetzten Zielen entgegenstehen (wie auch die durchwachsene Bilanz der Vätermomente zeigt). Das macht es umso deutlicher: Die Gleichstellung der Geschlechter und die Etablierung von vorsorgenden Strukturen erfordern eine politisch-institutionell gesteuerte und rechtlich festgeschriebene Umverteilung von Arbeit, also von Fürsorgetätigkeiten einerseits und ‚produktiver‘ Arbeit andererseits.

Um dies zu erreichen, ist eine Rückkopplung von schon existierenden und neu zu erarbeitenden Kriterien und Maßnahmen mit den Beschäftigten und der Personalvertretung der wissenschaftlichen Einrichtungen erforderlich, um einen kollektiven Begriff von *Gutem Arbeiten* zu entwickeln. Ansatzpunkte dafür könnten existierende Initiativen sein, wie etwa der 2007 entwickelte *Index Gute Arbeit* des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB²⁰). Von der Lebensrealität der Beschäftigten ausgehend bietet er Ansatzpunkte, wie die immer stärker von Prekarität gekennzeichneten Arbeitsbedingungen in wissenschaftlichen Einrichtun-

gen nachhaltiger gestaltet werden können (Dörre und Neis 2010: 163). Dazu gehört auch eine Form regelmäßiger gemeinsamer Überprüfung, was die Ziele sind, was erreicht wurde und wo Hindernisse liegen und sich aus dem Weg räumen lassen. Gleichzeitig bedarf es einer Erweiterung oder auch einer Neudefinition des Arbeitsbegriffs in wissenschaftlichen Einrichtungen, die diese nicht nur als Orte der Produktion von Wissen, sondern auch als reproduktive Lebensorte verstehen.

EMPFEHLUNG VII **Wissenschaftliche Einrichtungen als Ort einer nachhaltigen Wissenschaftskultur begreifen**

Wissenschaftliche Einrichtungen, „die ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit steigern und Innovationsprozesse fördern wollen, sind zwingend darauf angewiesen, die Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten ... positiv zu gestalten. Es ist sinnvoll, die Arbeitsbedingungen an den Universitäten offensiv und mit dem Anspruch der Nachhaltigkeit zu einem öffentlichen Thema zu machen“ (Dörre und Neis 2010: 59). In diesem Sinne sollten wissenschaftliche Einrichtungen mehr sein als nur Orte der Wissens- und Technologieproduktion. Sie sollten vielmehr Lebensorte darstellen, soziale Orte der Kreativität und Schaffenskraft – die Grundvoraussetzungen für Wissenschaft. Dazu gehört es, Fürsorgeperspektiven in den Arbeitsbegriff von Wissenschaft zu integrieren. Mit Blick auf den demografischen Wandel in Deutschland, der anhaltenden hohen Kinderlosigkeit bei Wissenschaftlerinnen als Ausdruck einer Krise der Reproduktion und einer *generativen Diskriminierung* von Fürsorgeverantwortung (Metz-Göckel et al. 2014), ist es notwendig, in wissenschaftlichen Einrichtungen die Kultur struktureller Rücksichtslosigkeiten in den wissenschaftlichen Produktionsweisen zu überwinden, zugunsten einer vorsorgenden und damit nachhaltigen Wissenschaftskultur. Fürsorgetätigkeiten müssen insgesamt stärker anerkannt und honoriert werden. Damit zusammenhängend müssen biografische Diskontinuitäten akzeptiert werden. Das Idealbild der kontinuierlichen Karriere ohne Unterbrechung wird auch von einigen Maßnahmen der Frauenförderung reproduziert, wie die Betrachtung von Förderprogrammen für den Wiedereinstieg von Wissenschaftler_innen zeigt.²¹ Fürsorgetätigkeiten werden tendenziell als Bruch oder Karriereknick betrachtet, die eines Korrektivs bedürfen. Hier bedarf es deutlich anderer Maßstäbe und Kriterien zur Beurteilung von Qualität. Dazu gehören etwa die Hervorhebung des wissenschaftlichen Alters statt des kalendarischen Alters bei Stellenbesetzungen, die Anrechnung von Fürsorgeerfahrung auch als ein soziales und fachliches Qualifikationskriterium,

19 Bei der Forderung nach der Möglichkeit, im *home office* zu arbeiten, sollte die zunehmende und problematische Entgrenzung von Arbeit im Blick behalten werden (Jurcyk et al 2009).

20 Mit dem DGB-Index Gute Arbeit werden seit 2007 jährlich die Arbeitsbedingungen bundesweit evaluiert. <http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/>

21 <http://www.wiedereinstieg-wissenschaft.de/?Startseite>



die ausgleichende Berücksichtigung und Anrechnung von Fürsorgezeiten bei der Berufung oder auch die grundsätzliche Anerkennung und Wertschätzung von Diversität in den Biografien und Karriereverläufen. Denn Sorgearbeit ist keine punktuelle Tätigkeit, sondern stellt einen dauerhaften Prozess dar. Wissenschaftliche Einrichtungen dürfen nicht nur das Prestige aus Drittmittelprojekten beanspruchen, sie müssen auch Verantwortung übernehmen für die damit oft einhergehenden kurzfristigen (prekären) Beschäftigungsverhältnisse. Und zwar insbesondere in Fürsorgesituationen, indem sie etwa bei befristeten Projekten die Ausfallzeiten auffangen, Gelder für Vertretungen wegen Pflegezeiten, Mutterschutz- und Elternzeit zur Verfügung stellen oder entsprechend umwidmen. Dabei geht es ganz grundsätzlich um einen anderen Umgang mit (Arbeits-)Zeit. Diese Vorschläge sind erste Anregungen zum Weiterdenken, wie nachhaltige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen aussehen könnten, die letztlich auch die Voraussetzung darstellen für die Entstehung und Entwicklung kreativer Ansätze und Modelle in der Wissenschaft und im Bereich der akademischen Ausgründungen (Dörre und Neis 2010).

FÖRDERUNG AKADEMISCHER AUSGRÜNDUNGEN

Zu den wesentlichen neuen Entwicklungen im deutschen Hochschulsystem im Kontext der unternehmerischen Universität gehört die wachsende Bedeutung der kommerziellen Verwertung von Wissen und Forschungsergebnissen. Wissenschaftlichen Einrichtungen kommt verstärkt die Rolle zu, Wissens- und Technologietransfer direkt und aktiv zu unterstützen und durchzuführen (Hemer et al. 2010). Dabei sollen verschiedene Maßnahmen und Instrumente dazu dienen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Technologien in die Anwendung zu übertragen. Dieses Ziel verfolgt auch die aktuelle Forschungsstrategie des BMBF. Durch die Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis soll wirtschaftliches Wachstum erzielt und Deutschland im Wettbewerb „um Talente, Technologien und Marktführerschaft“ (BMBF 2010: 3) weit vorn platziert werden (Sitte und Schulze 2011). Neben Kooperationsverträgen und Personaltransfers zwischen akademischen Einrichtungen und Industrieunternehmen gehören dazu auch akademische Ausgründungen, so genannte *spin-offs* (Knie et al. 2010). Für wissenschaftliche Einrichtungen besteht im Bereich der Ausgründungen die Möglichkeit, ihr Innovationspotenzial umzusetzen und gesellschaftlich nutzbar zu machen. Auch im Bereich Green Economy wurden in Deutschland in den letzten Jahren von verschiedenen Akteuren

vereinzelt Gründungsförderungsprogramme aufgelegt, die sich speziell auf ‚grüne‘ Gründungen konzentrieren. Den jungen Unternehmen wird hier großes Innovationspotenzial für Nachhaltigkeit zugesprochen (Cohen und Winn 2007; Borderstep o.J.).

Die akademische Gründungsförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durch das Bundesprogramm *EXIST Existenzgründungen aus der Wissenschaft* dagegen ist offen für alle Arten von Technologien und Innovationen und legt hier – außer der ökonomischen Tragfähigkeit der Unternehmensgründung – keine weiteren (ethischen, ökologischen, sozialen etc.) Kriterien fest. Wir empfehlen daher die Kategorie Nachhaltigkeit explizit in die Förderung akademischer Gründungen zu integrieren, um gezielt Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung von Ökonomie und Gesellschaft hervorzubringen.

EMPFEHLUNG VIII Selbstverständnis von Gründungsförderprogrammen im Hinblick auf eine nachhaltige Ökonomie und sozial-ökologische Transformation erarbeiten

Wie bereits in Kapitel B zur derzeitigen Ausrichtung der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik erläutert wurde, werden Innovationen in den Konzepten zur Green Economy vornehmlich als technologisch verstanden. Entsprechend gibt es auch in der Praxis der akademischen Gründungsförderung eine besonders hohe Anzahl technologiebasierter Unternehmensgründungen (Egge 2014). Bundesweit wird in Deutschland von Männern insbesondere in den wirtschaftlichen Dienstleistungen gegründet, von Frauen, die aktuell einen Anteil von 43 Prozent der Gründungen ausmachen, in den sozialen Dienstleistungen (KfW 2014).²² Dabei ist den Frauen Arbeitszufriedenheit, Autonomie und Selbstverwirklichung wichtiger als das Wachstum des Unternehmens und Profit (KfW 2011). Auch wenn es hier keine systematisch erhobenen Daten zur Gründungsmotivation von Frauen gibt, artikulieren viele Akteure in der Gründungs- und Wirtschaftsförderung die Erfahrung, dass Frauen häufig aus sozialen und gemeinwohlorientierten Motiven heraus gründen.

Erforderlich ist hier eine Auseinandersetzung innerhalb der Institutionen mit der Frage, welchen Stellenwert soziale Innovationen für nachhaltiges Wirtschaften und gesellschaftliche Entwicklungen insgesamt besitzen und wie diese besser in den Förderprogrammen verankert werden können. Gründungsförderprogramme könnten hier verbindliche Bedingungen formulieren, damit sich die öffentlich geförderten Unternehmens-

²² <http://www.presseportal.de/pm/41193/2061979/kfw-studie-chefinnen-im-mittelstand>



projekte damit auseinandersetzen und Stellung nehmen zu der Frage, welche Bedeutung die Gemeinwohlorientierung und diesbezügliche Herausforderungen wie Nachhaltigkeit, Demokratie, Care und Gerechtigkeit für sie besitzen und welchen Beitrag ihre Gründungsidee dafür leistet.

Das scheint umso drängender, betrachtet man die Bilanz des großen Förderprogramms EXIST: Hier liegt der Anteil der Ausgründungen durch Frauen bei nur 15 Prozent. Trotz der Möglichkeit, einen Familienbonus zu erhalten, existieren hier offensichtlich formelle und informelle Barrieren, die Ausgründungen für Frauen weniger attraktiv machen. Bisher sind die Akteure und Institutionen in diesem Bereich, sowohl des Bundesförderprogramms EXIST als auch in den akademischen Gründungsförderungseinrichtungen an den Hochschulen, weitgehend unsensibel für Fragen geschlechtergerechten und vorsorgenden Wirtschaftens und Gründens. So werden durch EXIST nur Vollerwerbsunternehmungen gegründet. Frauen in Deutschland starten aber zu 75 Prozent vor allem mit Nebenerwerbsgründungen – ein Phänomen, das sich u.a. im Kontext der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung erklären lässt.²³ Zudem gilt Sorgearbeit tendenziell als Privatsache und ist so kein Thema der Gründungsberatung, sondern vielmehr private Aushandlungssache der (Aus-)Gründenden (Egge 2014). Hier ist es notwendig, stärker zu reflektieren und auch systematischer zu untersuchen,

„Die meisten Menschen, Frauen wie Männer, gründen Unternehmen, weil sie eine Idee haben, eine Vision; weil sie etwas Tolles aufbauen wollen – nicht weil sie das schnelle Geld machen wollen. Sie kommen hoch motiviert in die Gründungsberatung und werden da auf eine Schiene gesetzt, die ihrer ursprünglichen Idee nur noch teilweise entspricht: hier geht es um Gewinn, Kapital generieren, Zahlen – und zwar möglichst große. Das ist der Punkt, wo ganz viel Einfluss möglich wäre. Wo wird den Menschen das ausgetrieben, warum sie eigentlich gründen wollten?“

Dr. Katja von der Bey, WeiberWirtschaft eG,
bei der Abschlusskonferenz

warum die Gründungsquote von Frauen so niedrig ist, welche strukturellen Bedingungen Frauen davon abhalten, ein Unternehmen zu gründen und wie hier offensiv mit Maßnahmen gegengesteuert werden kann. Hier könnte es sinnvoll sein, auch Nebenerwerbsgründungen gezielt zu fördern, die Anpassung zeitlicher Rahmenbedingungen und Fristen, die vor allem für Frauen ein Ausschlusskriterium bedeuten, zu überprüfen und ggf. zu modifizieren, Gender- und Care- bezogene Kompetenztrainings für Mitarbeiter_innen einzuführen und diesbezüglich auch Beratungsangebote sowie einen Familienservice für die (Aus-)Gründer_innen anzubieten.

EMPFEHLUNG IX **Verbindliche Kriterien für nachhaltige Gründungsförderung erarbeiten und Pilotprojekte fördern**

Eine nachhaltige Gründungskultur zielt vor allem darauf ab, in der (akademischen) Gründungsförderung mehr Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen und sie auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Dafür empfehlen wir als notwendige Maßnahmen, den alleinigen Fokus auf quantitative Skalierbarkeit, schnelle Verwertbarkeit und finanzielle Lukrativität in den Förderkriterien kritisch zu betrachten und um eine stärkere Berücksichtigung von Förderkriterien wie dem sozialen Innovationspotenzial, gesellschaftlichen Werten, Fürsorgeerfahrungen zu ergänzen. Zudem bedarf es der Erarbeitung von sozial-ökologischen Mindeststandards und inhaltlichen Kriterien zur Orientierung in der Vergabe von steuerbasierten Fördermitteln für die Privatwirtschaft. Denn auch wenn es sich um kleinere Unternehmungen handelt, sollten eine sozial-ökologische Ausrichtung und die Gemeinwohlorientierung nachvollziehbar und ein zentrales Förder- bzw. Ausschlusskriterium sein, wenn es um öffentliche Gelder geht. Die relevanten Institutionen der bundesweiten Förderprogramme und ihre Abhängigkeiten könnten hier gezielt Programme (analog zu EXIST) explizit zur Förderung sozialer Innovationen (*social entrepreneurship*) auflegen und in den wissenschaftlichen Einrichtungen lokal verankern, um sozial-ökologische, an nachhaltigem Wirtschaften orientierte Innovationen gezielt zu fördern. Ferner bedarf es einer gezielten Ansprache grüner und sozialer Innovationen durch entsprechende Ausschreibungen und Businessplanwettbewerbe. Großes und zeitgemäßes Potenzial junger Unternehmungen liegt auch in der Beschäftigung mit alternativen Unternehmensformen. Hier könnten beispielsweise Anreize für gemeinwohlorientierte und demokratischere Unternehmensformen, zum Beispiel durch eine Erleichterung der Gründung von Genossenschaften, gesetzt werden. Die Sensibilisierung und Schulung von Berater_innen sowohl zu den Themen Geschlechtergerechtigkeit, Sorgearbeit und Fürsorgeverpflichtung wie auch grundsätzlicher zu

23 https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Details_9577.html



Nachhaltigkeit, themenbezogene Beratungsangebote, Coaching- und Mentoringnetzwerke sowie Wettbewerbe zur Umsetzung von Gleichstellung und Vereinbarkeit in den Unternehmensgründungen können hier unterstützend wirken.

Diese und andere Vorschläge müssen weiterentwickelt und ergänzt werden, um schließlich als verbindliche Kriterien für die Gründungsförderung in die Ausschreibungen integriert zu werden. Auf Basis eines Kriterienkatalogs ließen sich Leitfäden und Checklisten erstellen, die sowohl zur Beratung als auch für das Monitoring und die Evaluierung von Projekten genutzt werden könnten.

Zusammenfassung der Empfehlungen an wissenschaftliche Einrichtungen

EMPFEHLUNG VI Strukturen nachhaltiger Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen

- Konzepte für ein Gutes Arbeiten im Wissenschaftsbereich entwickeln und umsetzen
- Fürsorgefreundliche Arbeits(zeit)modelle und Stellengestaltung erarbeiten und umsetzen
- Führungspersonal für Gender-, Care- und Nachhaltigkeitsthemen sensibilisieren

EMPFEHLUNG VII Wissenschaftliche Einrichtungen als Ort einer nachhaltigen Wissenschaftskultur begreifen

- Einen offensiven Umgang mit dem Care-Thema pflegen
- Biografische Diskontinuitäten akzeptieren
- Fürsorgeleistungen in Bewerbungs- und Berufungsverfahren anerkennen

EMPFEHLUNG VIII Selbstverständnis von akademischen Gründungsförderprogrammen in Hinblick auf eine nachhaltige Ökonomie und sozial-ökologische Transformation erarbeiten

- Stellenwert sozialer Innovationen für nachhaltiges Wirtschaften innerhalb der Gründungsförderung klären
- Formelle und informelle Barrieren bei der Gründungsförderung abbauen und bedarfsorientierte Unterstützung bereithalten
- Berater_innen schulen und sensibilisieren und themenbezogenes Coaching zu Gender, Care und Nachhaltigkeit anbieten

EMPFEHLUNG IX Verbindliche Kriterien für nachhaltige Gründungsförderung erarbeiten und Pilotprojekte fördern

- Sozial-ökologische Mindestkriterien für öffentlich geförderte Projekte und Pilotprojekte fördern
- Förderkriterien wie soziales Innovationspotenzial, ökologische Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Werte, Fürsorgeerfahrungen etc. stärker berücksichtigen
- ‚Grüne‘ und soziale Gründungen gezielter fördern und besondere Anreize für gemeinwohlorientierte und demokratischere Unternehmensformen setzen

D UNTERNEHMENSPRAXIS

Unser Verständnis einer nachhaltigen Ökonomie als Teil einer sozial-ökologischen Transformation macht es erforderlich, die Integration und verstärkte Berücksichtigung von Gender und Care-Perspektiven nicht nur in der Wissenschaft und Politik, sondern auch in der Wirtschaftspraxis im Bereich der Green Economy voranzutreiben. Zwar sind Zweifel daran, dass Unternehmen im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftungszusammenhänge tatsächlich *change agents* für Gerechtigkeit und Motoren der Transformation darstellen, durchaus berechtigt. Denn die Unternehmen unterliegen Strukturzwängen, in denen das Streben nach quantitativem Wachstum und Profit im Zentrum des Wirtschaftens stehen. Aber auch unter Berücksichtigung dieser strukturellen Aspekte gibt es vorhandene Spielräume und Möglichkeiten der Veränderung und alternativer Praktiken, die es zu nutzen und auszuweiten gilt. Privatwirtschaftliche und profitorientierte Unternehmen haben eine gesellschaftliche Verantwortung. Gleichzeitig existieren zunehmend innovative Unternehmer_innen und Verbände, die versuchen, Nachhaltigkeit bewusst in ihr Unternehmenskonzept einzubeziehen.²⁴ Zudem gibt es politische Ansätze, die versuchen, diese Konzepte wertzuschätzen und sichtbar zu machen (z.B. Deutscher Nachhaltigkeitspreis²⁵). Ausgehend von diesen Praktiken geben wir im Folgenden einige Anregungen, wie vor allem auch Care-Aspekte im Sinne einer vorsorgenden Ökonomie systematisch und besser berücksichtigt werden können, und identifizieren einige Leerstellen.

.....
24 Eine Übersicht ist hier zu finden: http://www.nachhaltigwirtschaften.net/scripts/basics/eco-world/wirtschaft/basics.pr?session=574d981753da821e_395921&r_index=3; oder <http://germany.ashoka.org/>

25 <http://www.nachhaltigkeitspreis.de/>



EMPFEHLUNG X

Eigenes Verständnis von Nachhaltigkeit definieren und Indikatoren für nachhaltiges Wirtschaften erarbeiten

Was genau Nachhaltigkeit in dem jeweiligen Unternehmenskontext bedeutet, unterliegt einem Definitionsprozess, an dessen Beginn die Auseinandersetzung mit bestehenden und zukünftigen Herausforderungen und bereits vorhandenen Konzepten und vor allem deren Bedeutung im konkreten und situationspezifischen Kontext stehen sollte. Wir empfehlen dazu, ggf. in einem partizipativen Prozess mit den Mitarbeiter_innen auf allen Ebenen zu definieren, was vorsorgendes Wirtschaften, Zukunftsfähigkeit, nachhaltiges Wirtschaften etc. für das Unternehmen bedeutet. Auf der Grundlage dieses Prozesses sollten eine Soll- und eine Ist-Analyse erstellt werden (*benchmarking*) sowie Strategien und konkrete Projekte zu den wichtigsten Bausteinen entworfen werden, wie der Soll-Zustand erreicht werden kann und Hindernisse überwunden werden können. Dabei kann auf die von der Leuphana Universität Lüneburg in Zusammenarbeit mit verschiedenen Unternehmen entwickelte Nachhaltigkeitsmatrix aufgebaut werden, die allerdings um Gender- und Care-Faktoren ergänzt werden muss, oder auf den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK)²⁶, der in den letzten Jahren vom Rat für nachhaltige Entwicklung mit verschiedenen Stakeholdern erarbeitet und seither von der Bundesregierung

„Es ist eine offene Frage, ob partizipative Prozesse immer zur ambitioniertesten Nachhaltigkeitsstrategie führen. Denn die Akzeptanz in der Führungsebene ist nicht zu unterschätzen - gerade einschneidende Veränderungsprozesse können nur erfolgreich im Unternehmen implementiert werden, wenn sie „von oben“ gewollt/unterstützt werden.“

Dr. Katharina Reuter, UnternehmensGrün,
bei der Abschlussstagung

propagiert wird. Dieser möchte Nachhaltigkeitsleistungen der Unternehmen als Beispiel guter Unternehmenspraxis sichtbar und mit höherer Verbindlichkeit transparent und vergleichbar machen und verbreitert damit die Basis für die Bewertung von Nachhaltigkeit.²⁷ Nachhaltigkeitsberichte gehören inzwischen in vielen mittleren und großen Unternehmen zum Alltagsge-

„Das ist ein zweites Momentum, was der Rat für Nachhaltige Entwicklung mit dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex gerne anstoßen möchte: Dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Diskurs mit den Unternehmen treten und so auch den Beweis liefern, die Erklärungen werden gelesen und kritisiert. Erst so werden Unternehmen zu lernenden Organisationen. Sie merken, sie berichten nicht nur zum Selbstzweck, sondern das wird wahrgenommen und darauf kommen Reaktionen. Damit kann man auch innerhalb eines Unternehmens tatsächlich in kontroverse Diskussionen einsteigen.“

Yvonne Zwick, Rat für Nachhaltige Entwicklung,
bei der Abschlusskonferenz

schäft. Viele Unternehmen orientieren sich dabei an der Global Reporting Initiative (GRI²⁸), die eine weltweite Leitlinie für Nachhaltigkeitsberichte darstellt. Bisher sind diese Berichte freiwillig, aber inzwischen wurde auf EU-Ebene beschlossen, sie ab 2016 für Unternehmen ab 500 Mitarbeiter_innen und im öffentlichen Interesse stehend verpflichtend zu machen. Natürlich sind die Möglichkeiten für eine weitreichende Erfassung der relevanten sozialen, ökologischen und ökonomischen Themen und ggf. Indikatoren je nach Unternehmensgröße und Geschäftsfeld unterschiedlich. Großunternehmen verfügen eher über die Ressourcen für aufwändigere und kostenintensivere Monitoring- oder Zertifizierungsprozesse. Aber auch in kleinen und mittelständischen Unternehmen kann mit niederschweligen Formaten der Diskussionsprozess und die Auseinandersetzung über Nachhaltigkeit angestoßen und geführt werden. Durch ihre regionale Verankerung praktizieren kleinere Unternehmen häufig sogar nachhaltigere Verfahren als global agierende Unternehmen, ohne dies unbedingt so zu nennen. Hier kann es umso produktiver sein, die Vorstellungen und Ideen der Mitarbeiter_innen einzubeziehen. Für das Erreichen und Überprüfen konkreter Ziele kann die Erstellung von messbaren Nachhaltigkeitsindikatoren sinnvoll sein. Auf Basis der identifizierten *benchmarks* und mit Blick auf schon vorhandene Praktiken lässt sich beispielsweise eine Nachhaltigkeitsmatrix erstellen, mit deren Hilfe konkrete Prozesse und

26 <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/deutscher-nachhaltigkeitskodex>

27 <http://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de>

28 <https://www.globalreporting.org/languages/german/Pages/Nachhaltigkeitsberichterstattung.aspx>



Abläufe systematisch neu justiert werden können.²⁹ Die eigenen Ziele und Indikatoren sollten fokussiert werden auf den Wirkungsbereich des Unternehmens. Um glaubwürdig zu bleiben, lassen sich hier anschließend konkrete und belegbare Fakten berichten (etwa: Ökobilanzierung wichtiger Produkte eingeführt, Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer_innen beschlossen, Ausweitung der Kinderbetreuung auf den Weg gebracht, Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle etc.). Sie sollten zudem regelmäßig überprüft und in einem Nachhaltigkeitsbericht oder auf der Unternehmenswebsite publiziert werden.

Im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens ist das Unternehmenswohl nicht ausschließlich an quantitativen Wachstumsindikatoren festzumachen, hier sind auch andere qualitative Faktoren und Indikatoren einzubeziehen, die jeweils für den konkreten Unternehmenskontext definiert werden müssen. Dies kann eben bedeuten, von dem Paradigma des Wachstums als Ziel Abschied zu nehmen und Wachstum vielmehr als Mittel zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung für das Gemeinwohl zu betrachten. Dafür könnten beispielsweise eine Gemeinwohlbilanz (siehe Kasten) und entsprechende Indikatoren Orientierung geben und richtungsweisend sein, wie sie das internationale Bündnis für Gemeinwohlökonomie propagiert.

„Die Gemeinwohl-Bilanz ist als Weiterentwicklung von CSR- und Nachhaltigkeitsberichterstattung zu verstehen, deren Indikatoren den Ist-Zustand dokumentieren und mit Gemeinwohl-Punkten und Bewertungsschema einen Entwicklungsprozess konsistent beschreibbar und erstmals vergleichbar machen. Die Bilanz beruht auf den wesentlichen Grundwerten einer nachhaltigen Entwicklung und beantwortet einem Unternehmen die Frage: ‚Wie lebe ich die Werte der Menschenwürde, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Transparenz und demokratische Mitbestimmung in Beziehung zu meinen Anspruchsgruppen‘.“

DBU Projekt zur Gemeinwohlbilanzierung,
<http://berlin.gwoe.net/dbu-foerderprojekt/>

²⁹ <https://www.globalreporting.org/languages/german/Pages/Nachhaltigkeitsberichterstattung.aspx>

Eine Auseinandersetzung und (Selbst) Verpflichtung zu nachhaltigem Wirtschaften hat viele direkte positive Auswirkungen in der Außen- und Binnenwirkung eines Unternehmens. Sie vermittelt Transparenz und Verlässlichkeit, verdeutlicht den Willen zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und Vorsorge, schafft Vertrauen in das Unternehmen, stärkt die Loyalität der Mitarbeiter_innen und verbessert die Reputation und das Image – das stärkt die Kundenbindung, die Marke und bedeutet unter Umständen einen Wettbewerbsvorteil (Business Art 2013).

Allerdings spielen Gender- und Care-Aspekte bisher in der allgemeinen Diskussion, wenn überhaupt, dann nur eine untergeordnete Rolle.³⁰ Obwohl die Arbeitsteilung innerhalb vieler Unternehmen stark geschlechtsspezifisch ist (d.h. bspw., dass der Frauenanteil in den Führungsetagen vieler Unternehmen sehr gering ist, während er in den schlechter bezahlten und weniger prestigeträchtigen Bereichen höher ist), stehen selbstverpflichtende Gender-Quoten und fürsorgefreundliche Arbeitsbedingungen seltener auf der Agenda der Nachhaltigkeitsbemühungen in Unternehmen; derartige Themen sind in der Regel Gleichstellungsbeauftragten zugeordnet. Unser wesentliches Grundanliegen ist es deshalb, Geschlechtergerechtigkeit und Care-Aspekte zur Unternehmenssache zu erklären und die öffentliche Thematisierung als Bekenntnis zu einer Verantwortung für die Sorge um und den Erhalt der reproduktiven Grundlagen unserer Gesellschaft zu verstehen, die die Voraussetzung allen Wirtschaftens bilden.

Daraus ergeben sich verschiedene Forderungen, wie wir sie schon oben (in Abschnitt C) in ähnlicher Weise für das Handlungsfeld der wissenschaftlichen Einrichtungen vorgeschlagen haben. Dazu gehören flexible Arbeitszeitmodelle, z.B. bezüglich der Reduktion und Aufstockung von Stunden, Besprechungen nicht zu Randzeiten anzusetzen, auf Wunsch statt Präsenzarbeitszeit *home office* zu ermöglichen sowie Maßnahmen, um den Umgang mit Fürsorgeverpflichtungen von Mitarbeiter_innen in der Elternzeit oder im Fall der Pflege von Angehörigen offensiv zu thematisieren. Ferner sollten solche Sorgeaufgaben in die

³⁰ Positiv zu vermerken ist hier allerdings, dass der Deutsche Nachhaltigkeitskodex als eines von 20 Kriterien die Chancengerechtigkeit benennt: „Das Unternehmen legt offen, wie es national und international Prozesse implementiert und welche Ziele es hat, um Chancengerechtigkeit und Vielfalt (Diversity), Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Integration von Migranten und Menschen mit Behinderung, angemessene Bezahlung sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.“ Der DNK verweist für quantifizierbare Leistungsindikatoren ausdrücklich auf die der Global Reporting Initiative (GRI) und des Dachverbands der nationalen Verbände der europäischen Finanzanalysten (European Federation of Financial Analysts Societies, EFFAS). (http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE_Der_Deutsche_Nachhaltigkeitskodex_DNK_Aktualisierung_August_2014.pdf, letzter Zugriff: 29.08.2014)



Unternehmenspolitik integriert und in Stellenbeschreibungen eingeplant werden, z.B. durch Möglichkeiten und Angebote für Job Sharing oder das Vorhalten von Stellen für Personen in Fürsorgeverantwortung. Das Thema Sorgeverantwortung, also Elternschaft oder Pflege von Angehörigen, sollte nicht allein den Gleichstellungsbeauftragten zugeordnet oder als Einzelfall betrachtet werden; es sollten umfassende Konzepte für betriebseigene eltern- und kindergerechte Einrichtungen und Büros erarbeitet und mehr Mittel für Elternbeauftragte freigestellt sowie Konzepte für den Umgang mit Fürsorgezeiten erarbeitet werden. Im Sinne der Chancengerechtigkeit sollten Arbeitgeber_innen darauf hinwirken, dass Sorgearbeiten wie bspw. die Elternzeit gleichermaßen von Müttern und Vätern in Anspruch genommen wird. Sinnvoll wäre zudem die Einführung unternehmenseigener Gender-Quoten, von Gender- und Care-Kompetenztrainings sowie die verstärkte Sensibilisierung und Schulung von Führungspersonal, um Nachhaltigkeit umfassend und integrativ zu praktizieren.

EMPFEHLUNG XI

Nachhaltigkeitskommunikation – Standards, Strategien und Allianzen stärken

Nachhaltigkeitskommunikation kann ein wichtiges Instrument der internen Steuerung und einer nachvollziehbaren Informationsleistung gegenüber allen Anspruchsgruppen (*stakeholder*) in einem Unternehmen darstellen. Dies kann sowohl nach außen als auch nach innen an die Mitarbeiter_innen gerichtet sein, um diese für die Umsetzung nachhaltiger Maßnahmen zu motivieren (LIFE e.V. 2014). Dazu gehört weiterhin auch die Zertifizierung als eine Form der systematischen, überprüfbaren und transparenten Selbstverpflichtung zur Erfüllung bestimmter Standards.

Allerdings setzt dies voraus, dass die Zertifizierung- und Reportingverfahren deutlich vereinfacht werden. 16 Prozent der Unternehmen waren 2011 in Deutschland Kleinunternehmen (bis 49 Mitarbeiter_innen), 80 Prozent Kleinunternehmen (bis 9 Mitarbeiter_innen)³¹ – die meisten Frauenunternehmen und auch fast alle

31 [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/
GesamtwirtschaftUmwelt/UnternehmenHandwerk/KleineMittlere
UnternehmenMittelstand/Tabellen/Insgesamt.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/UnternehmenHandwerk/KleineMittlereUnternehmenMittelstand/Tabellen/Insgesamt.html)





Start-ups befinden sich in dieser Kategorie –, für die die aufwändigen Verfahren nicht handhabbar sind. Der DNK versteht sich als Verfahren, das auch Kleinunternehmen anspricht, ist aber für Kleinstunternehmen immer noch zu kompliziert. Hier gibt es ein deutliches Defizit, das angegangen werden muss.

Hervorzuheben ist, dass in diesem Rahmen auch gezielt eine Vernetzung nachhaltiger Unternehmen und eine gemeinsame Strategieentwicklung vorangetrieben werden kann. Diese Unternehmen können zudem Impulse dafür liefern, Allianzen und Bündnisse von Unternehmen zu bilden bzw. vorhandene zu stärken, die sich ähnlichen Zielen verpflichtet fühlen und sich gemeinsam politisch für diese Ziele einsetzen. So kann Öffentlichkeit erzeugt und politischer Druck hergestellt werden, innovative Ansätze und Unternehmensformen auch entsprechend zu fördern. Folgende exemplarische Ansätze nehmen diesen Impuls auf, verbinden allerdings nicht immer vollständig alle in diesem Text genannten Aspekte nachhaltigen Wirtschaftens: Erstens das *audit berufundfamilie* als strategisches Managementinstrument für Unternehmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für eine familienbewusste Personalpolitik.³² Zweitens die Gemeinwohl-Bilanz, die basierend auf einer Selbstverpflichtung auf nachhaltiges, faires, demokratisches und kooperatives Wirtschaften die Unternehmensleistung auf Grundlage einer Matrix und anhand eines Kriterienkataloges jährlich mit Punkten bewertet.³³ Drittens der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, der Nachhaltigkeitsleistungen von Unternehmen transparent und vergleichbar machen will, dabei Maßnahmen im ökologischen, sozialen und ökonomischen Bereich in den Blick nimmt und die Ergebnisse in einer Datenbank veröffentlicht.³⁴

EMPFEHLUNG XII

Soziale Innovationen wagen – alternative Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens

In demokratischen Systemen dürfen Entscheidungen und Handlungen niemals als alternativlos gelten. Insofern ist es wichtig, Erfahrungen zu sammeln mit alternativen und möglicherweise bisher für unmöglich gehaltenen wirtschaftlichen Praktiken. Dass diese funktionieren können, zeigen verschiedene Beispiele ökonomischen Handelns, die nicht Profitmaximierung und Wachstum, sondern die Produktion von Gebrauchswerten und die Bedürfnisbefriedigung zum Ziel allen Wirtschaftens erklären. Dazu gehören die Open Source-Produktionen ebenso wie solidarisch organisierte landwirtschaftliche Betriebe oder

32 <http://www.beruf-und-familie.de/?c=21>

33 <https://www.ecogood.org/>

34 <http://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de/anwendung/dnk-datenbank.html>

„Meine Antwort auf die Frage nach dem Sinn meines Lebens: Gesundes Wachstum zu fördern, zu unterstützen und zu ermöglichen. Das klingt jetzt vielleicht in Worte gefasst etwas trocken, aber in mir fühlt sich das sehr lebendig an. Es geht um Wachstum in mir, in anderen, es geht um das gesunde Wachstum von der Umwelt, von Tieren, von Menschen, von der Firma, von der Gesellschaft. Alles hängt plötzlich zusammen, das ist, als ob ich durch eine neue Brille sehe, oder als ob ich eine Sonnenbrille abgenommen habe. Eigentlich kann ich mein ganzes Leben jetzt neu betrachten und alle Entscheidungen, die ich früher getroffen habe neu bewerten und immer nochmal prüfen: dient diese Entscheidung dem gesunden Wachstum?“

Florian Gerull, Ökofrost, bei der Abschlusskonferenz

Umsonstläden (Habermann 2009). Diese sozialen Innovationen erfordern mitunter ganz neue Produktions- und/oder Nutzungsmodelle oder implizieren veränderte eigentumsrechtliche Regulierungen. Innovative Ideen gibt es vor allem für den Bereich alternativer Arbeits(zeit)modelle. Hier reichen die Ansätze über *job sharing* (z.B. Tandemploy³⁵) über die Möglichkeit zur Familienpflegezeit, zu gemeinschaftlichen Arbeitsräumen (*coworking*³⁶) bis zu mobilen Eltern-Kind-Büros.³⁷ Auch neuere Ansätze zur Finanzierung (unternehmerischer) Ideen, die häufig von jüngeren *start ups* und für Ideen abseits des unternehmerischen Mainstreams genutzt werden, bieten hier Anregungen für nachhaltige Unternehmensideen (crowdfunding, projektbezogene Mikrokredite). Für kreative Ideen bieten sich zudem verschiedene Unternehmensformen an, die je nach Modell stärker gemeinwohlorientiert sind wie Stiftungen, oder die für eine demokratischere Unternehmenskultur stehen wie z.B. Kooperativen und Genossenschaften. Dabei kann mitunter, wie bspw. im

35 Tandemploy ist eine Online-Plattform, worüber Menschen sich vernetzen können, um Jobs zu teilen und um Arbeitgeber_innen zu finden, die flexibles Arbeiten und Job Sharing ermöglichen. (<https://www.tandemploy.com/#/home>, letzter Zugriff: 29.08.2014).

36 <http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2014-02/coworking-familie-und-beruf>

37 <http://www.uni-duesseldorf.de/home/startseite/news-detailansicht/article/mobile-eltern-kind-bueros-ermoeglichen-kinderbetreuung-am-arbeitsplatz.html?cHash=108a442788b67d6efbb0a238ada07c91>



Genossenschaftswesen, auf langjährige Erfahrungen im Umgang mit den Herausforderungen und Hindernissen zurückgegriffen werden, die sich gleichzeitig mit neuen Entwicklungen und Bedingungen (z.B. durch die Nutzung der neuen Medien wie Internetplattformen) fruchtbar weiter entwickeln lassen.

Zusammenfassung der Empfehlungen für die Unternehmenspraxis

EMPFEHLUNG X Eigenes Verständnis von Nachhaltigkeit definieren und Indikatoren für nachhaltiges Wirtschaften erarbeiten

- Partizipative Prozesse zur Definition von Nachhaltigkeit im jeweiligen Unternehmenskontext und zum Benchmarking anstoßen
- Unternehmenseigene Gender-, Care- und Nachhaltigkeitspolitik entwickeln, umsetzen und stärken

EMPFEHLUNG XI Nachhaltigkeitskommunikation: Standards, Strategien und Allianzen stärken

- Vereinfachung von Zertifizierung- und Reporting-Verfahren fordern und mitgestalten
- Kriterien zu Geschlechtergerechtigkeit in die Zertifizierungs- und Berichtsverfahren aufnehmen
- Bestehende Standards für nachhaltiges und geschlechtergerechtes Wirtschaften im Unternehmen implementieren und mit anderen Unternehmen kooperieren, um Strategien weiterzuentwickeln

EMPFEHLUNG XII Soziale Innovationen wagen – alternative Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens

- Allianzen stärken und Bündnisse von Unternehmen bilden, die sich ähnlichen Zielen verpflichtet sehen
- Neue Formen der Organisation, von Finanzierungs- und Rechtsformen oder Arbeitszeitmodellen entwickeln

Empfehlungen für politische Entscheidungsträger_innen

EMPFEHLUNG XIII Politische Steuerung der Unternehmen in Richtung Vorsorge, Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit wahrnehmen

- Subventionen für nicht-nachhaltige Unternehmen bzw. Steuererleichterungen für nachhaltige Unternehmen streichen
- Pilotprojekte zur nachhaltigen Unternehmenspraxis **fördern**
- Nachhaltigkeitsstandards und klare Evaluationskriterien für Siegel und Zertifizierungen unter Einbeziehung von Gender- und Care-Aspekten vereinheitlichen

EMPFEHLUNG XIV Durch bewusstes Agenda Setting nachhaltig agieren

- Modelle nachhaltigen Wirtschaftens erarbeiten und fördern
- Prozess zur Entwicklung von entsprechenden Umsetzungs- und Förderstrategien einleiten
- Visionen und konkrete Strategien in die EU-Politik aktiv hineintragen

Meike Spitzner

SYSTEMATISCHE WISSENSPRODUKTION: DATENBEDARF



Wissenschaftlichkeit verlangt größtmögliche Objektivität, mithin Transparenz über mögliche Verzerrungen. Gleichzeitig ist Politik in Demokratien allgemeiner Nützlichkeit verpflichtet und muss Akzeptabilität aufweisen, damit ihre Legitimität anerkannt werden kann. Wie genderausgewogen und akzeptabel bzw. wie genderverzerrt und genderhierarchisierend sachliche Aussagen, Problembeschreibungen oder Lösungsentwürfe sind, wird erst dann transparent, wenn diese ihre Korrekturen der impliziten traditionell genderhierarchisierenden Elemente in Konzept, Framing, Begriffen, Kategorienbildung, Methodologie, Ausgrenzung bzw. Einbeziehung von Wissensbeständen ausweisen (vgl. Gender Mainstreaming). Von den Korrekturen dieser impliziten Genderhierarchisierungen hängt im strengen Sinne Wissenschaftlichkeit oder auch nur Sachlichkeit sowie verantwortbare gesellschaftliche Nützlichkeit ab.

Sex-bezogene Daten, die nur nach dem biologischen Geschlecht differenzieren, reichen nicht aus, um gesellschaftliche Genderprobleme zu beschreiben, da sie nur die phänomenologische Ebene adressieren, die Dynamiken der Aufrechterhaltung und Erneuerung genderhierarchischer Strukturierungen nicht abbilden können – ebenso wenig wie zu Nachhaltigkeit transformierende Entwicklungsansätze. Nicht zuletzt deshalb

hat sich bei der Entwicklung von Nachhaltigkeits-Indikatoren die Commission for Sustainable Development der Vereinten Nationen bereits Anfang der 1990er Jahre entschieden, nicht nur Zustands- und Ziel-Indikatoren zu formulieren, sondern vor allem Indikatoren zu *driving forces*. Deshalb sind systematische Gender-Daten, Daten in Bezug auf die gesellschaftlichen Genderprobleme, notwendig: Daten, die aussagefähig sind in Bezug auf genderhierarchische gesellschaftliche Verhältnisse, Bedingungen und Strukturierungen sowie Daten zu treibenden Kräften, die die Erneuerung solcher Strukturierungen in modernen Gewändern (*via negativa*) bzw. deren Überwindung zugunsten nachhaltig geschlechterunhierarchischer gesellschaftlicher Bedingungen und Entwicklung (*via positiva*) abzubilden in der Lage sind.

Wie die gesellschaftlichen Genderprobleme *praktisch* und *systematisch* erfasst werden können und wie gesellschaftliche Genderprobleme als *systematisches Referenzsystem* für die sachliche Beurteilung von politischen Konzepten, Maßnahmen, gesetzlichen Vorhaben oder die Gestaltung von und Entscheidungen über Infrastruktursysteme umsetzbar eingeführt werden können, wurde im Zuge der Entwicklung der – vor allem ex ante umsetzbaren – Genderwirkungsprüfungen erarbeitet (vgl. Abb. 1 Gender Impact Assessment).

Abb. 1 Gender Impact Assessment

Gender Impact Assessment (GIA)

Gender equality Probleme als Bezug von Gender-Rebalancing „allgemeiner“ Politiken
(Identifizierung „systematischer Gleichstellungs-Wirkungen“ und der Integrations“-Richtung)

<p>1. Caring Ökonomie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zuschreibung / Abweisung qua Geschlechtsrolle • Verteilung Caring-Kosten + Caring-Benefits • Ausblendung als ökologischer Sektor aus „der Ökonomie“ • versorgungsökonomisch ineffiziente Infrastruktur-Planung und Infrastruktur-Gestaltung • Vulnerabilität des versorgungsökonomischen Sektors (z.B. Nicht-Substituierbarkeiten, Verschiebbarkeit etc.) • Logik und Kriterien der Versorgungsökonomie • Instrumentalisierung als Externalisierungs-Reservoir <p>2. Ressourcen</p> <ul style="list-style-type: none"> • public space • public money • makroökonomische Maßnahmen + Strategien • infrastruktureller Service <p>3. Institutionalisierte Androzentrismus / Nicht-Relativierung bisheriger Zugänge und Kategorien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Problemwahrnehmung, - Gegenstandsdefinition • Konzeptualisierung, - Framing • Methoden, - Wissensproduktion • Schlußfolgerungen, - Richtung von Maßnahmen 	<p>4. Gender Composition / Nichtpräsenz von Gleichstellungs-Anliegen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wissensproduktion, - Wissensrezeption • Konzeptualisierung • Verfahren, - Entscheidungen <p>5. Symbolische Ordnung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufspaltung der Gegenstandsdimensionen (De-Kontextualisierung) • Zuschreibung (zu „Männlichkeit“ / „Weiblichkeit“) • Ab- und Über-Wertung • Ausblendung und Überbeleuchtung • Framing • Instrumentalisierung <p>6. Gender-spezifische Übergreiflichkeits-Bereitschaft / pot. Grenzverletzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • sexuelle Belästigung (verbal, körperlich, gestisch etc.) • Objekt-Bezug zu Frauen • Frotterismus • institutionalisierte Sanktionierung und öffentliche Sanktionierungsqualitäten
--	--

Quelle: Meike Spitzner (2008): Gender Impact Assessment – Prüfung der Wirksamkeit zugunsten von Geschlechtergerechtigkeit und Überwindung von Gender-Verzerrungen in öffentlichen Denk- und Sichtweisen (Androzentrismen), Wuppertal (in Vorbereitung)





Wirtschaftliche Fragen bzw. Fragen, die für Green Economy und Care Economy relevant sind, durchziehen meistens die Haupt- und Unter-Dimensionen der jeweiligen Gender Impact Assessments, Care oder Versorgungsökonomie bildet nicht selten eine der Hauptdimensionen (Alber 2011; Spitzner et al. 2007; Spitzner 2004). Dabei zeigt sich, dass es Daten bedarf, die aussagefähige Informationen liefern zu den folgenden sechs Hauptdimensionen einschließlich ihrer Unterdimensionen (siehe Abbildung), die die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungs- und Treiber-Ebenen abdecken: Care-Ökonomie, Ressourcen, Institutionalisierungsgrad von Androzentrismen, Nicht-/Repräsentanz von Gleichstellungsanliegen, symbolische Ordnung und Nicht-/Sanktionierung von Grenzverletzungspotenzialen.

Daten zur Entwicklung der Krise der Versorgungsökonomie sind hier besonders wichtig. Eine Mindestanforderung ist die Umsetzung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 von Beijing, die parallel zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) den amtlichen Ausweis der jährlichen nationalen versorgungsökonomischen Leistungserbringungen verlangen. Diese sogenannten *Zeitbudget-Studien* zeichnen sich durch weitgehend genderausgewogene Methodologien aus und lösen insbesondere die Problematik einer nicht-androzentrischen Abgrenzung von Arbeit (unbezahlter Versorgungsarbeit für sich und andere) und Freizeit dadurch, dass sie explizit zwischen familialer und personaler Zeit unterscheiden. Sie weisen anhand systematischer Erfassung der durch Frauen und Männer investierten Zeitaufwände den Umfang versorgungsökonomischer Investitionen aus und setzen ihn in einen (der Erwerbsökonomie kompatiblen) Wert qua eines Hauswirtschafter_innen-Gehalts (welches selbst allerdings noch genderhierarchisch geprägt niedrig ist im Vergleich zu anderen Management-Gehältern). Die Bundesregierung hat so endlich Daten zu Umfang, Verteilung und Wert der nationalen versorgungsökonomischen Leistungserbringungen vorgelegt, und endlich basales Wissen generiert, z.B. dass selbst in unserem hochindustrialisierten Staat das Volumen der Versorgungsarbeit das der Erwerbsarbeit übersteigt, gesellschaftliche Milliardenwerte unbezahlt geschaffen werden und trotz oft gegenteiligen Eindrucks der Anteil der mithelfend versorgungsökonomisch tätigen Männer bei immer noch unter 20%, der versorgungsökonomisch abstinenter über 80% liegt – die politischen Herausforderungen der genderbasierten³⁸ gesellschaftlichen Krise der Versorgungsökonomie somit zentral für eine nachhaltige Wirtschaft sind. Versorgungsökonomische Daten legt die Bundesregierung

.....
38 Genderbasierung meint die strukturelle Abspaltung, Ausblendung, Aneignung, Abwertung des nicht dem Maskulinen Zugeschriebenen (vgl. Spitzner 1997a)

bisher jedoch nur alle 7-12 Jahre vor statt jährlich, und sie werden bisher nicht parallel zum BIP vorgelegt und thematisiert.

Zudem werden versorgungsökonomische Daten ebenso wie Daten zu den fünf weiteren gesellschaftlichen Genderproblem-Dimensionen nicht *fachintegriert systematisch* generiert und nicht zur Grundlage für neue Wissensgenerierung bzw. für wirtschaftspolitische und ressortielle bzw. fachpolitische Entscheidungen gemacht.

Gerade aber bei ressort- oder handlungsfeldspezifischen Fragestellungen sind deren versorgungsökonomische Datengrundlagen von großer Bedeutung, sowohl für nachhaltiges Wirtschaften als auch für Genderausgewogenheit: Erkennbarkeit der gesellschaftlichen Wirklichkeiten, Potenziale und Hemmnisse hängen ebenso davon ab wie die Erschließung effektiverer und nicht selten innovativer Handlungsfähigkeiten und Perspektiventwicklung. Für die Konzeptionierung und praktische Umsetzung von Planung und Politik hat es große Auswirkungen, wenn etwa bei der Bildung von Kategorien für zentrale empirische Grundlagen NICHT durchgängig die für die Genderprobleme aussagefähigen Dimensionen des jeweiligen Sachzusammenhangs einbezogen werden.

Ein praktisches Beispiel soll hier das Verständnis vertiefen, welche Art Daten nötig sind: Es stellt für sachliche Realitätswahrnehmung und politische Handlungsfähigkeit ein Problem dar, wenn z.B. in der nationalen Erhebung des Mobilitätsverhaltens Wegezwecke gebildet werden, bei denen unter dem Wegezweck Arbeit die versorgungsökonomische Arbeit nicht als Arbeit begriffen und (direkt oder indirekt) der Freizeit zugeordnet wird, und daraufhin, wie geschehen, eine große *Freizeitverkehrsproblematik* forschungs- und sachpolitisch thematisiert wird (vgl. Spitzner 1997b). Um Verkehr genderneutral betrachten zu können, muss bei Wegezweck-Kategorien, standardmäßiger Datenaggregation und -auswertung zwischen Erwerbsarbeits- und Versorgungsarbeits-Verkehren unterschieden und versorgungsökonomische Verkehrsdaten systematisch erfasst und dann zu einer Hauptkategorie ‚*versorgungsökonomischer Verkehr*‘ aggregiert ausgewertet werden.

Als weitere fruchtbare Differenzierungskategorien sind hier ableitbar: Differenzierung nach Raumtypen, Dichte reproduktionsnaher Infrastruktur, Mietpreiskluster, Haushaltstypen (Ernährerhaushalt vs. partnerschaftlichen), Haushalts-, Individualeinkommensgruppen, haushaltsspezifische Reproduktionslagen (Zahl der im Haushalt versorgungsökonomische Leistungen Erbringender und Zahl zu Versorgender), Alters-



zusammensetzung, versorgungsökonomische (Verkehrs-) Relationen zwischen versorgungsgebenden und -angewiesenen Haushalten und deren Distanzklassen, Nahverkehrsangebotslevel etc. Es würde z.B. erkennbar, welches Wachstum an versorgungsökonomischem Verkehrsaufwand sich derzeit entwickelt, welche Faktoren dabei eine besondere Rolle spielen (Faktoren einer klimapolitisch, ökologisch, sozial, erwerbs-, versorgungsökonomisch und gender-problematischen Verkehrserzeugung), welche Wechselwirkungen zwischen Krise der Versorgungsökonomie und z.B. Klimaproblematik, welche Potenziale sich damit auf tun etc.³⁹

Fachlich integriert durchgängig die versorgungsökonomischen Datengrundlagen und die Daten zu den fünf weiteren gesellschaftlichen Genderproblem-Dimensionen zu generieren, produziert ein Wissen, das den Gender-Bias neutralisiert und damit Wertigkeiten (auch im Sinne von Prioritäten) des gesellschaftlich Weiblichen und des gesellschaftlich Männlichen in den jeweiligen fachlichen Zusammenhängen verändert. Es schafft die Grundlagen für diese Veränderungen, dürfte aber nach bisherigen Erfahrungen (vgl. Deutscher Städtetag 1995, Spitzner im Erscheinen) zugleich auch wesentlichen Schub bringen, dass sich klimapolitisch, ökologisch, sozial, erwerbs- und versorgungsökonomisch sowie gendergerecht wirksame und akzeptable politische Handlungsmöglichkeiten erschließen.

39 Vor kurzem fanden diese androzentrismuskritischen verkehrswissenschaftlichen Datenbedarfsanalysen Eingang in die regionale Umsetzung (INFAS/Region Hannover 2013: 65ff). Aktuell sind sie partiell in die Forderungen auch der Zweckverbände an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Regionalverband Frankfurt/RheinMain u.a. 2013, S.5) eingegangen und selbst in „vorläufige Vorschläge“ des BMVBS zur aktuell anstehenden Methoden-Novellierung für die Datenerhebung 2015! (vgl. BMVBS 2013: 21)



SCHLUSSREFLEXIONEN

Die hier vorgelegten Empfehlungen haben zum Ziel, Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, um Gender- und Care-Perspektiven in die Natur-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften sowie in die Diskurse zu Green Economy und in die unternehmerische Praxis zu integrieren. Sie richten sich vor allem an Akteure aus dem Feld der Wissenschaft, der Wissensproduktion und Wissenschaftspolitik sowie an die Wirtschaft und die Unternehmenspolitik. Mit dieser Auswahl wird nicht das gesamte Spektrum relevanter gesellschaftlicher Felder und Akteure abgebildet. Neben den hier adressierten Akteuren in den wissenschaftlichen Einrichtungen oder in der Forschungs- und Innovationspolitik gibt es noch weitere, die ihren Beitrag zu einer gesamtgesellschaftlichen sozial-ökologischen Transformation leisten können und sollten.

Wenn wir uns an die Forschungs- und Innovationspolitik wenden und Anforderungen an eine Gründungsförderung für nachhaltiges Wirtschaften stellen, sprechen wir damit indirekt auch die Wirtschaftspolitik an. Mit Empfehlungen für nachhaltige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen adressieren wir neben den Arbeitgeber_innen auch die staatliche Sozial- und Arbeitspolitik sowie Gewerkschaften und Soziale Bewegungen. Nicht zuletzt berühren Forderungen nach mehr Transparenz und Partizipation in der Forschungspolitik auch Fragen nach der Gestaltung von Demokratie oder Staatlichkeit sowie nach den Individuen und ihren politischen Subjektivitäten. Hervorzuheben ist deshalb, dass unsere Strategien und Empfehlungen für die von uns behandelten Themenfelder keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.



Sie sind vielmehr als Anstoß zum Umdenken und Weiterdenken sowie zur weiteren Diskussion gedacht.

Ganz bewusst haben wir versucht, dabei Spannungen aufzuzeigen und Ambivalenzen heraus zu arbeiten, z.B. wenn wir Zertifizierungen als wichtig für die Transparenz erachten, uns jedoch bewusst ist, dass sie als Greenwashing genutzt werden können und nur sinnvoll sind, wenn sie darüber hinaus gehen und auch für kleinere Unternehmen handhabbar sind (siehe Kapitel D). Hier geht es um die alltäglichen Widersprüche, um die Differenzen von den eigenen theoretischen Ansprüchen und der alltäglichen Praxis und damit um die Frage, wie vom Wissen zum Handeln zu kommen ist. Denn gesellschaftliche Transformationsprozesse erfordern eine tiefgreifende Veränderung von lange bestehenden und persistenten Konzepten, Strukturen und Handlungsmustern, von „alten Rationalitätsmustern und neuen Beharrlichkeiten“ (Biesecker und von Winterfeld 2014: 160). Eine Emanzipation von eben diesen ist immer auch eine Frage von veränderten Werten, Normen und Kulturwandel.

Christa Wichterich hat in ihrem „Zwischenruf“ bei der Abschlussstagung auf das Grundgesetz verwiesen: „Eigentum verpflichtet. Auch zu Nachhaltigkeit“. Ein weiterer Schritt könnte nun sein, den Erhalt der sozialen und natürlichen Ressourcen als Unternehmensverantwortung ins Grundgesetz aufzunehmen (Scherhorn 2013) und dieser Vorgabe über die bundesdeutschen Grenzen hinaus zur faktischen Durchsetzung zu verhelfen.

Gleichzeitig kann eine gesamtgesellschaftliche sozial-ökologische Transformation nicht allein Staatsaufgabe sein. Neben dem politischen Willen erfordert dieser Prozess einer nachhaltigen Entwicklung handfeste

„Projekte wie dieses und eine Politik, die solche Projekte zulässt, sind absolut notwendig. Es geht um die Suche nach Grenzgängerei zwischen Anpassung und Paradigmenwechsel, um den Seiltanz der Inklusion und Partizipation, ohne die Transformation, d.h. ohne die Ziele outside of the box, aus den Augen zu verlieren und zu verraten. Die Verbindung zwischen beiden Perspektiven sind Normen von Menschenrechten und Gerechtigkeit.“

Dr. Christa Wichterich, Dozentin, Autorin,
Gutachterin, bei der Abschlussstagung

soziale Auseinandersetzungen, die gesellschaftliche Konflikte mit sich bringen können. Eine Veränderung von Lebensweisen ist nur möglich, wenn sich auch die individuellen und kollektiven Subjektivitäten und Rationalitäten verändern.

WIE GEHT ES WEITER

Das Projekt Care, Gender und Green Economy. Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit nachhaltigen Wirtschaftens (CaGE) hat in seiner 14-monatigen Laufzeit viele Fragen aufgeworfen, die der vertiefenden Bearbeitung bedürfen. Dazu gehören beispielsweise Fragestellungen zu den Grenzen der Partizipation, die bei der Abschlusskonferenz mehrfach aufgeworfen wurden, ebenso wie Fragen nach der Inwertsetzung, Bewertung und Aufwertung von Care-Arbeit, oder auch die Frage, wie wir den Begriff *soziale Innovation* so definieren können, dass er nicht oder zumindest nicht so leicht vereinnahmt und allein an der Ökonomie ausgerichtet werden kann.

Mit unseren Vernetzungsaktivitäten haben wir dafür eine Grundlage gelegt, die weiter ausgebaut werden sollte. Eine starke Plattform, die institutionell übergreifend die integrative Bearbeitung von Gender, Care und Nachhaltigkeit vorantreibt und sich dafür einsetzt, dass dies in allen nachhaltigkeitsrelevanten Forschungsprogrammen und -projekten umgesetzt wird, war eine der Forderungen, die bei der Abschlusskonferenz formuliert wurde. Diese Plattform braucht aber nicht nur starke Verbünde, sondern auch forschungspolitische Rahmenbedingungen und finanzielle Förderung.

Die Vielfalt der in dieser Publikation vorgestellten Empfehlungen verlangt für die Umsetzung nach einer Priorisierung. Welches sind strategisch die ersten Schritte, wer sind die Verbündeten und Unterstützer_innen, wo gibt es Ansatzpunkte, an die angeknüpft werden kann? Und – auch dies eine Forderung aus der Abschlusskonferenz – mit welchen Argumenten und Beispielen lässt sich der gender-resistente Mainstream überzeugen?

Die Arbeit hört also mit dem Ende des Projektes nicht auf, sondern fängt jetzt erst richtig an. Wir wünschen uns dafür viele Mitstreiter_innen und freuen uns auf zukünftige Diskussionen und Kooperationen.

Das Projektteam



- Adam, Barbara (2013):** Sustainability through a temporal lens: Time, future, process. In: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.): Wege Vorsorgenden Wirtschaftens. Marburg: Metropolis, S. 115-130.
- Alber, Gotelind (2011):** Gender, Cities and Climate Change. Background study for UN HABITAT's Global Report on Human Settlements. Nairobi. Kenya: UN HABITAT.
- Aulenbacher, Brigitte; Riegraf, Birgit (2012):** Intersektionalität und soziale Ungleichheit, online: <http://portal-intersektionalitaet.de> [letzter Zugriff: 12.11.2014].
- Bauhardt, Christine (2013):** Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft – Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. In: GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 5 (2), S. 9-26.
- Bauhardt, Christine; Çağlar, Gülay (2010):** Einleitung. In: Christine Bauhardt und Gülay Çağlar (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, S. 7-17.
- Baumann, Hans; Bischel, Iris; Gemperle, Michael; Knobloch, Ulrike; Ringger, Beat; Schatz, Holger (2013):** Editorial. Care statt Crash. In: Denknetz, Réseau de Réflexion (Hg.): Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus. Denknetz Jahrbuch 2013. Zürich: Edition 8, S. 6-8.
- Bauriedl, Sybille; Wichterich, Christa (2014):** Ökonomisierung von Natur, Raum, Körper. Feministische Perspektiven auf sozialökologische Transformationen. Reihe Analysen Rosa Luxemburg Stiftung.
- Becker, Egon; Jahn, Thomas (2006):** Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Biesecker, Adelheid; Gottschlich, Daniela (2013):** Wirtschaften und Arbeiten in feministischer Perspektive - geschlechtergerecht und nachhaltig? In: Hofmeister, Sabine; Katz, Christine; Mölders, Tanja (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen: Barbara Budrich, S. 178-189.
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2006):** Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. München: oekom-Verlag.
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2010):** Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. In: Christine Bauhardt und Gülay Çağlar (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, S. 51-79.
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2013):** Zur Produktivität des „Reproduktiven“: Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge. In: Feministische Studien 2/2013, S. 240-252.
- Biesecker, Adelheid; Wichterich, Christa; von Winterfeldt, Uta (2012):** Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Hintergrundpapier der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Deutscher Bundestag 2012.
- Biesecker, Adelheid; von Winterfeldt, Uta (2014):** Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. Working Paper 2/2014 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften.
- Binner, Kristina; Kubicek, Bettina; Rozwandowicz, Anja; Weber, Lena (2013):** Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010):** Ideen. Innovation. Wachstum. Hightech-Strategie 2020 für Deutschland. Berlin, online: http://www.bmbf.de/pub/hts_2020.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014):** Die neue Hightech-Strategie. Innovationen für Deutschland. Berlin, online: http://www.bmbf.de/pub_hts/HTS_Broschure_Web.pdf [letzter Zugriff 21.11.2014]
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung; BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (2012):** Green Economy - ein neues Wirtschaftswunder? online: http://www.fona.de/ge2012/Leitbild_Green_Economy_BMBF_BMU.pdf [letzter Zugriff 28.10.2014]
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (Hg.) (2012):** Memorandum für eine Green Economy. Eine gemeinsame Initiative des BDI und BMU anlässlich der United Nations Conference on Sustainable Development in Rio de Janeiro 2012. Berlin, online: http://www.bmubund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/memorandum_green_economy_bf.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- BMVBS, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2013):** Mobilitätsstudie „Mobilität in Deutschland 2015. Einführung zur gleichnamigen Konferenz des BMVBS am 22. Oktober 2013 in Bonn. Schriftliche Präsentation. Bonn.
- Borderstep (2012):** Start ups: Produktioniere für eine Green Economy. Berlin: Borderstep Institut, online: http://www.borderstep.de/wp-content/uploads/2014/07/Booklet_Diffusionspfade_Start-ups.pdf [letzter Zugriff 5.11.2014]
- Brand, Ulrich (2012):** Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy. Unter Mitarbeit von Jana Flemming. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Brand, Ulrich; Pühl, Katharina; Thimmel, Stefan (Hg.) (2013):** Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven. Manuskripte. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Business Art (2013):** Das Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften 04, St. Pölten.
- Çağlar, Gülay (2009):** Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Clement, Ute; Nowak, Jörg; Scherrer, Christoph; Ruß, Sabine (2011):** Public Governance und schwache Interessen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cohen, Boyd; Winn, Monika (2007):** Market Imperfections, Opportunities and Sustainable Entrepreneurship. In: Journal of Business Venturing 22, S. 29-49.
- Deutscher Städtetag, Kommission Frauen in der Stadt (Hg.) (1995):** Frauen verändern ihre Stadt - Arbeitshilfe 2: Verkehrsplanung. DST-Beiträge zur Frauenpolitik, Reihe L, Heft 3. Köln.
- DFG, Deutsche Forschungsgemeinschaft (2008):** Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards, online: <http://www.dfg.de>



dfg.de/foerderung/grundlagen_rahmenbedingungen/chancengleichheit/forschungsorientierte_standards/ [letzter Zugriff 28.10.2014]

DNR, Deutscher Naturschutzring (2013): Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Innovationspolitik. Positionspapier Mai 2013, online: <http://www.dnr.de/aktuell/wissenschaftspolitik/> [letzter Zugriff 28.10.2014]

Dörre, Klaus; Neis, Matthias (2010): Das Dilemma der unternehmerischen Universität: Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang. Berlin: edition sigma.

Egge, Kristina (2014): Gender- und Care-Aspekte in der Förderung technologieorientierter akademischer Spin-Offs. Impulse für eine geschlechtergerechte Green Economy. Bachelorarbeit an der Freien Universität Berlin.

Fücks, Ralf (2013): Intelligent wachsen. Die Grüne Revolution. Hanser Verlag.

genanet (Hg.) (2011): Green Economy: Gender_Gerecht! Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft. Diskussionspapier. Berlin, online: <http://www.genanet.de/diskussion.html> [letzter Zugriff 21.10.2014]

genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit; Gottschlich, Daniela (2012): Nachhaltiges Wirtschaften: Zum Verhältnis von Care und Green Economy. Hintergrundpapier im Rahmen des Projektes „G 3 – Green Economy: Geschlechter_Gerecht“. Berlin, genanet, online: <http://www.genanet.de/diskussion.html> [letzter Zugriff 21.10.2014]

Gottschlich, Daniela (2013): Kritische Wissenschaften zwischen Krise und Vision. Zur notwendigen Verbindung von feministischer Forschung und Nachhaltigkeitsforschung für sozial-ökologische Transformationen. In: Brand, Ulrich; Pühl, Katharina; Thimmel, Stefan (Hg.): Wohlstand – Wie anders? Linke Perspektiven, Manuskripte – der Rosa Luxemburg Stiftung, S. 32-36.

Gottschlich, Daniela; Katz, Christine (2013): Wie viel Kritik darf's denn sein? In: Vom rechten Maß. Suffizienz als Schlüssel zu mehr Lebensglück und Umweltschutz. Politische Ökologie 135, S.136-139.

Gottschlich, Daniela; Roth, Stephanie; Härtel, Annika; Röhr, Ulrike; Hackfort, Sarah; Segebart, Dörte; König, Claudia (2014): Nachhaltiges Wirtschaften im

Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Debatten – Schnittstellen – blinde Flecken. CaGE Texte Nr. 1/2014. Berlin/Lüneburg, online: http://www.cage-online.de/wp-content/uploads/2014/10/CaGE-Texte_1-2014.pdf [letzter Zugriff 21.11.2014]

Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Ulrike Helmer Verlag.

Haidinger, Bettina; Knittler, Käthe (2014): Feministische Ökonomie. Wien: Mandelbaum.

Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. Feministische Studien Vol. 14/3, S. 575-599.

Heinrich Böll Stiftung, HBS (2014): Seitenwechsel. Die Ökonomie des Gemeinsamen. Berlin.

Hemer, Joachim; Dornbusch, Friedrich; Kulicke, Marianne; Wolf, Björn (2010): Beteiligungen von Hochschulen an Ausgründungen. Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe.

Holland-Cunz, Barbara (2005): Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der "Wissensgesellschaft". Opladen: Barbara Budrich 2005.

Infas - Institut für angewandte Sozialwissenschaft; Region Hannover (2013): Mobilität in der Region Hannover 2011. Bericht. Bearb. durch Dana Gruschwitz, Robert Follmer. Bonn 2013.

Jahn, Thomas (2013): Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung braucht eine kritische Orientierung, in: GAIA 22/1, S. 29-33.

Jahn, Thomas; Schneidewind, Uwe; Zahrt, Angelika; Griebhammer, Rainer; Korbun, Thomas; Kraemer, Andreas; Leggewie, Claus; Renn, Ortwin (2012): Verstehen – Bewerten – Gestalten. Transdisziplinäres Wissen für eine nachhaltige Gesellschaft. Memorandum zur Weiterentwicklung der sozial-ökologischen Forschung in Deutschland. Frankfurt a. M.: ISOE.

Jurczyk, Karin; Schier, Michaela; Szymenderski, Peggy; Lange, Andreas G; Voß, Günter (2009): Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie: Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin: edition sigma.

Kahlert, Heike (2013): Leitbild Dual-Career-Family - Wissenschaftliche Nach-

wuchsförderung im Licht unternehmerischen Denkens. In: Binner et al. (2013): Die Unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung, S. 31–50.

Katz, Christine; Heilmann, Sebastian; Thiem, Anja; Koch, Lea M.; Moths, Katharina; Hofmeister, Sabine (Hg.) (2014): Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven. Wiesbaden: Springer VS Verlag (Im Erscheinen).

KfW Bankengruppe (Hg.) (2011): Chefinnen im Mittelstand – Unternehmerische Tätigkeiten von Frauen. Studie KfW Research; Frankfurt a.M., online: <https://www.kfw.de/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Standpunkt/Standpunkt-Nr.-8-Juni-2011.pdf> [letzter Zugriff 16.11.2014]

KfW Bankengruppe (Hg.) (2014): Gründerinnen holen auf – Selbstständigkeit als Weg in die Erwerbstätigkeit. Studie KfW Research; Frankfurt a.M., online: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-Nr.-71-September-2014.pdf> [letzter Zugriff 16.11.2014]

Knie, Andreas; Simon, Dagmar; Flink, Tim (2010): Akademische Unternehmensgründungen. Über den schwierigen Nachweis der Nützlichkeit öffentlicher Forschungsförderung. In: Leviathan, Jg. 38, H. 4: 489-508. Knorr Cetina, Karin (1981): Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Wissenschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Knorr Cetina, Karin (1981): The Manufacture of Knowledge: An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science. Oxford: Pergamon Press.

LIFE e.V. (2014): Grün. Gerecht. Gestalten. Ein Leitfaden für Gründerinnen und Unternehmerinnen zum ökologisch nachhaltigen, sozialen und gerechten Wirtschaften. In Zusammenarbeit mit der WeiberWirtschaft eG, Berlin, online: http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Leitfaden_final_web.pdf [letzter Zugriff 21.10.2014]

Lutz, Helma; Palenga-Möllenbeck, Ewa (2011): Das Care-Chain-Konzept auf dem Prüfstand. Eine Fallstudie der transnationalen Care-Arrangements polnischer und ukrainischer Migrantinnen. In: Transnationalisierung und Gender. Special Issue for GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 1, S. 9-27.



Metz-Göckel, Sigrid; Heusgen, Kirsten; Möller, Christina; Schürmann, Ramona; Selent, Petra (2014): Karrierefaktor Kind: Zur generativen Diskriminierung im Hochschulsystem. Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich Verlag.

Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung NRW (2013): Forschungsstrategie Fortschritt NRW. Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung 2013–2020. Düsseldorf, online: http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Leitfaden_final_web.pdf [letzter Zugriff 21.10.2014]

Münch, Richard (2009): Globale Eliten, lokale Autoritäten: Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von Pisa, McKinsey & Co. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Ober, Steffi (2014): Partizipation in der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Forschungspolitik und Zivilgesellschaft am Beispiel der Hightech-Strategie. München: oekom Verlag.

Paech, Niko (2011): Grünes Wachstum? Vom Fehlschlagen jeglicher Entkopplungsbemühungen: Ein Trauerspiel in mehreren Akten. In: Sauer, Thomas (Hg.): Ökonomie der Nachhaltigkeit. Grundlagen, Indikatoren, Strategien. Weimar: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 91), S. 161–182.

Plumwood, Val (1991): Nature, Self, and Gender: Feminism, Environmental Philosophy, and the Critique of Rationalism. In: Hypathia. Vol. 6, No. 1, Ecological Feminism (Spring, 1991), pp. 3-27.

Polanyi, Karl (1944/1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Projekträger im DLR e.V. (Hg.) (2007): Sozial-ökologische Forschung. Rahmenkonzept 2007 – 2010. Bonn, online: http://www.fona.de/mediathek/pdf/B_1_1_SOEF_Rahmenkonzept_de.pdf [letzter Zugriff am 04.10.2014]

Regionalverband FrankfurtRheinMain, Hansesstadt Hamburg, Hessen mobil, Region Hannover, Stadt Darmstadt, Stadt München, traffiQ Frankfurt a.M. (2013): Mobilität in Deutschland 2015 – Inhaltliche Anregungen zu Fragebogenkonzept und Datensätzen. Stellungnahme vom 31. Juli 2013 zur Konferenz „Mobilitätsstudie ‚Mobilität in Deutschland 2015‘“ des BMVBS am 22. Oktober 2013 in Bonn.

Riegraf, Brigitte; Weber, Lena (2013): Exzellenz und Geschlecht in der unternehmerischen Hochschule. In: Binner et al. (2013): Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung, S. 67–85.

Santarius, Tilman (2012): Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz. Hg. v. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Wuppertal.

Sauer, Arn (2014): Gender und Nachhaltigkeit – institutionalisierte Gleichstellungsarbeit und Gender Mainstreaming im Umweltbundesamt. In: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft. 6. Jg., 1/14, S. 26–43.

Scherb, Johannes (2012): Lissabon - Strategie (Lissabon - Prozess). In: Handlexikon Der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos.

Scherhorn, Gerhard (2013): Subsistenz: Voll für die eigenen Kosten eintreten. In: Leitschuh, Heike et al. (Ed.): Jahrbuch Ökologie 2014. Stuttgart: Hirzel, S. 92 ff.

Schneidewind, Uwe; Singer-Brodowski, Mandy (2013): Transformative Wissenschaft : Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis-Verlag.

Schultz, Irmgard; Hummel, Diana; Empacher, Claudia; Kluge, Thomas; Lux, Alexandra; Schramm, Engelbert; Schubert, Stephanie; Stiess, Immanuel (2001): Research on Gender, the Environment and Sustainable Development Studies on Gender Impact Assessment of the Programme of the 5th Framework Programme for Research, Technological Development and Demonstration 2001. Frankfurt, online: http://ec.europa.eu/research/environment/pdf/isoe_gender.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]

Schultz, Irmgard; Wendorf, Gabriele (2006): Gender im Förderschwerpunkt der SÖF. In: Schäfer, Martina; Schultz, Irmgard; Wendorf, Gabriele (Hg.): Gender-Perspektiven in der sozial-ökologischen Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen aus inter- und transdisziplinären Projekten. München: oekom-Verlag, S. 39–56.

Segebart, Dörte; Hackfort, Sarah; König, Claudia; Gottschlich, Daniela; Roth, Stephanie; Röhr, Ulrike (2014): Wissensproduktion im Spannungsfeld von Care, Gender und Green Economy. Wissenschaftliche Einrichtungen als Impulsgeberinnen für nachhaltiges Wirtschaften? CaGE Texte Nr. 2/2014. Berlin/Lüneburg, online:

http://www.cage-online.de/wp-content/uploads/2014/11/CaGE-Texte_2-2014.pdf [letzter Zugriff 21.10.2014]

Simon, Dagmar (2013): Organisation und Evaluation: gleichstellungspolitische Optionen durch die „neue“ Hochschule? In: Binner et al. (2013): Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung, S. 51–66.

Singer, Mona (2010): Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 292–301.

Sitte, Petra; Schulze, Tobias (2011): Von der Hightech-Strategie zur sozialen Innovation. Alternativen zur angebotsorientierten Forschungs- und Innovationspolitik sind machbar. In: Wege und Irrwege in die Wissensgesellschaft, Forschungspolitik zwischen Standortsicherung und gesellschaftlicher Verantwortung, BdWi Studienheft, Marburg: BdWi-Verlag, online: <http://www.bdwi.de/show/4281987.html> [letzter Zugriff 21.10.2014]

Spangenberg, Joachim H. (2013): Mehr als Kritik und ohne Wahrheit: Pfade zu einer zukunftsfähigen Nachhaltigkeitsforschung. Reaktion auf T. Jahn. 2013. Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung braucht eine kritische Orientierung. GAIA 22/1: 29–33.

Spitzner, Meike (1997a): Integration von physischer und sozialer Perspektive in einer öko-sozialen Zeitpolitik der Erneuerung. Arbeitspapier für die AG „Zeit der Erneuerung - Ökonomie der Reproduktion und öko-soziale Zeitpolitik“ der Tutzing Zeitakademie. Wuppertal/Tutzing.

Spitzner, Meike (1997b): Distanz zu Leben, Arbeit und Gemeinschaft ? Über den „göttlichen Ingenieur“ und die Verkehrswissenschaft im konstruierten Raum. In: von Winterfeld, Uta; Biesecker, Adelheid; Duden, Barbara; Spitzner, Meike (Hg.): Vom Zwischenruf zum Kontra-punkt. Frauen – Wissenschaft – Natur. Bielefeld, S. 53–84.

Spitzner, Meike (2004): Netzgebundene Infrastruktursysteme unter Veränderungsdruck - Genderanalyse am Beispiel Öffentlicher Personennahverkehr. Untersuchung i.A. des Verbundforschungsprojekts „Sozial-ökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme (netWORKS)“, netWORKS-Papers, Nr. 13. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, online: <http://www.networks-group.de/de/publikationen/networks-paper.html> [letzter Zugriff 11.10.2014]



Spitzner, Meike (im Erscheinen):
Energie-Suffizienz und Gender.
In: Brischke, Lars; Thomas, Stefan et al.:
Energiesuffizienz – Rahmenanalyse.

Spitzner, Meike; Weiler, Frank; Andi, Rahmah; Turner, Jeff (2007): Städtische Mobilität und Gender. Förderung des öffentlichen Regionalverkehrs im Großraum Jakarta. Fokus Entwicklungspolitik – Positionen der KfW Entwicklungsbank zu entwicklungspolitischen Themen, August 2007. Frankfurt a.M., online: https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2007_08_FE_Weiler-Transport-und-Gender_D.pdf [letzter Zugriff 21.10.2014]

Theoriegruppe Vorsorgendes Wirtschaften (2000): Leben als wissenschaftliche Kategorie. Zur theoretisch-wissenschaftlichen Fundierung Vorsorgenden Wirtschaftens. In: Biesecker, Adelheid/ Matthes, Maite; Schön, Susanne; Scurrill, Babette (Hg.): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld: Kleine, S. 25-69.

Tronto, Joan (2013): Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice. New York und London: New York University Press.

WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. Berlin.

Wichterich, Christa (2012): Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive. Schriften zur Ökologie Band 21. Berlin: Heinrich Böll Stiftung, online: http://www.boell.de/sites/default/files/Feministische_Zukunft-i.pdf [letzter Zugriff 21.10.2014]

Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende/Vereinigung deutscher Wissenschaftler (2014): Eckpunktepapier zu einer gemeinwohlorientierten Forschungspolitik.

